01/BV/062/2024

Beschlussvorlage
öffentlich

Bebauungsplan Nr. 41 „Wohnbebauung Loickenzin“ der Stadt Altentreptow im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB

hier: Beratung und Beschluss über die Behandlung der
Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)

<i>Organisationseinheit:</i> Fachgebiet Bau Gebäude Liegenschaften <i>Verfasser:</i> Toni Borgward	<i>Datum</i> 28.10.2024 <i>Einreicher:</i>
---	--

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Umwelt der Stadtvertretung Altentreptow (Vorberatung)	12.11.2024	Ö
Hauptausschuss der Stadtvertretung (Vorberatung)	03.12.2024	Ö
Stadtvertretung Altentreptow (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Sachverhalt

Die Stadtvertretung der Stadt Altentreptow hat am 06.06.2023 den Entwurf und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr. 41 „Wohnbebauung Loickenzin“ beschlossen.

Die Beteiligungen der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurden den gesetzlichen Bestimmungen des Baugesetzbuches entsprechend durchgeführt. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurde keine Stellungnahme abgegeben.

Im Ergebnis der durchgeführten Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB war es erforderlich den Planentwurf hinsichtlich des Verfahrenswechsels und der Altlastensituation anzupassen. Es wurde ein 2. Entwurf erstellt.

Die Beteiligungen der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurden den gesetzlichen Bestimmungen des Baugesetzbuches entsprechend erneut durchgeführt. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurde keine Stellungnahme abgegeben. Der Inhalt der im Ergebnis der Beteiligungen eingegangenen Stellungnahmen ist in den als Anlage 1 beigefügten Abwägungstabellen aufgeführt. Die Stellungnahmen wurden geprüft; sie sollen entsprechend den jeweiligen Empfehlungen in der Abwägungstabelle behandelt werden.

Vom Ergebnis der Abwägung sind diejenigen, die Stellungnahmen abgegeben haben, unter Angabe der Gründe zu unterrichten. Die Mitteilung bzw. Einsichtnahme soll spätestens nach Inkrafttreten des Bebauungsplans erfolgen bzw. ermöglicht werden. Die nicht berücksichtigten Stellungnahmen sind bei der Vorlage des Plans mit einer Stellungnahme der Stadt vorzulegen.

Die Personen, die dem Mitwirkungsverbot gem. § 24 KV M-V unterliegen, haben dies eigenverantwortlich anzuzeigen.

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung der Stadt Altentreptow beschließt:

1.

Die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurden geprüft und deren Behandlung wird entsprechend den jeweiligen Empfehlungen in der Abwägungstabelle (Anlage 1) beschlossen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurde keine Stellungnahme abgegeben.

2.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die im Rahmen der Beteiligung eine Stellungnahme abgegeben haben, sind über das Ergebnis der Abwägung durch die Möglichkeit zur Einsichtnahme bzw. Mitteilung zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen

im lfd. Haushaltsjahr: ☐ nein ☐ ja		in Folgejahren: ☐ nein ☐ ja ☐ einmalig ☐ jährlich wiederkehrend	
Finanzielle Mittel stehen:			
☐ stehen zur Verfügung unter Produktsachkonto: Bezeichnung:		☐ stehen nicht zur Verfügung Deckungsvorschlag: Produktsachkonto: Bezeichnung: ☐ Deckungsmittel stehen nicht zur Verfügung	
Haushaltsmittel:		Haushaltsmittel:	
Soll gesamt:		Soll gesamt:	
Maßnahmesumme:		Maßnahmesumme:	
noch verfügbar:		noch verfügbar:	
Erläuterungen:			

Anlage/n

1	Abw_§ 4 (2)_Oktober '24 öffentlich
2	Abw erneut_§ 4 (2) _November '24 öffentlich

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
1.	Amt für Raumordnung und Landesplanung Mecklenburgische Seenplatte Neustrelitzer Str. 121 17033 Neubrandenburg	28.07.2023	<p>1. Sachverhalt: Die Stadt Altentreptow beabsichtigt im Ortsteil Loickenzin die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung von Wohnbauland zu schaffen. Der Geltungsbereich umfasst eine innerörtliche Fläche von ca. 1 ha, die derzeit einer Nutzung als Grünfläche (Reitplatz) unterliegt. Geplant wird mit 9 Baugrundstücken. Die Stadt Altentreptow verfügt über einen Flächennutzungsplan aus dem Jahr 2014. Die geplante Baufläche ist dort als gemischte Baufläche dargestellt.</p> <p>2. Prüfung: <u>2.1 Für die landesplanerische Beurteilung sind folgende raumordnerische Erfordernisse von B-lang:</u> Gemäß Programmsatz 3.2.3(1) i.V.m. 3.2.3(3) RREP MS ist Altentreptow Grundzentrum der Planungsregion. Standort für die zentralörtlichen Aufgaben ist der gleichnamige Ortsteil. (Ziele der Raumordnung) Gemäß Programmsatz 4.1(5) LEP M-V sind die Innenentwicklungspotenziale sowie Möglichkeiten der Nachverdichtung vorrangig zu nutzen. Sofern dies nachweislich nicht umsetzbar ist, hat die Ausweisung neuer Siedlungsflächen in Anbindung an die Ortslage zu erfolgen. Ausnahmen davon sind nur möglich, wenn das Vorhaben nachweislich – immissionsschutzrechtlich nur außerhalb der Ortslage zulässig ist oder – aufgrund seiner spezifischen Standortanforderungen an die Infrastruktur nicht in Innenlagen bzw. Ortsrandlagen realisiert werden kann. (Ziel der Raumordnung) Auch gemäß Programmsatz 4.1(2) RREP MS ist der Nutzung erschlossener Standortreserven, der Umnutzung, Erneuerung und Verdichtung bebauter Gebiete in der Regel Vorrang vor der Ausweisung neuer Siedlungsflächen einzuräumen. Gemäß Programmsatz 4.2(2) LEP M-V ist in Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion die Ausweisung neuer Wohnbauflächen auf den Eigenbedarf zu beschränken. (Ziel der Raumordnung) Gemäß Programmsatz 4.1(7) LEP M-V sollen Städte und Dörfer in ihrer Funktion, Struktur und Gestalt erhalten und behutsam weiterentwickelt werden. Dabei haben sich Städtebau und Architektur den landschaftstypischen Siedlungsformen, dem Ortsbild, der Landschaft, den historischen und regionalen Gegebenheiten anzupassen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p><u>2.2 Die Prüfung der Unterlagen hat Folgendes ergeben:</u> Das Vorhabengebiet befindet sich im Ortskern des Altentreptower Ortsteils Loickenzin, welchem keine zentralörtlichen Aufgaben zugewiesen sind. Folglich hat sich die Wohnbauflächenentwicklung des Ortsteils Loickenzin gem. Ziel der Raumordnung aus Programmsatz 4.2(2) LEP M-V in Verbindung mit Programmsatz 3.2.3(3) RREP MS auf den Eigenbedarf zu beschränken. Eine Größenordnung von bis zu 9 Eigenheimen ist für den Ortsteil Loickenzin vor dem Hintergrund eines langfristigen Planungshorizonts als dem Eigenbedarf angemessen zu bewerten. Somit entspricht die Planung dem Programmsatz 4.2(2) LEP M-V.</p> <p>Der Standort der Planung befindet sich innerhalb der Ortslage Loickenzin und ist dreiseitig umgeben von Bebauung. Somit liegt eine Nachverdichtung der Ortslage vor. Dies entspricht den Programmsätzen 4.1(5) LEP M-V und 4.1(2) RREP MS.</p> <p>Im Flächennutzungsplan der Stadt Altentreptow wird der Geltungsbereich als gemischte Baufläche dargestellt. Die beabsichtigte Nutzung stimmt mit den städtebaulichen Planungsabsichten überein. Der Bebauungsplan wird somit aus dem Flächennutzungsplan entsprechend § 8 Abs. 2 BauGB entwickelt.</p> <p>3. Schlussbestimmung: Der angezeigte Entwurf des Bebauungsplans Nr. 41 „Wohnbebauung Loickenzin“ der Stadt Altentreptow entspricht den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung.</p>	
2.	Landkreis Mecklenburgische Seenplatte Bauamt/ Kreisplanung Bauleitplanung Zum Amtsbrink 2 17192 Waren/Müritz	17.10.2023	<p>I. Allgemeines/ Grundsätzliches</p> <p>1. Zur Deckung der stetig wachsenden Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken beabsichtigt die Stadt Altentreptow die Schaffung von Baurecht. Gewählt wurde hierzu das Verfahren nach § 13 b BauGB.</p> <p>Da jedoch noch laufende Bebauungsplanverfahren im beschleunigten Verfahren nach § 13 b BauGB nicht mehr fortgeführt werden sollen, ist dieses Verfahren abubrechen bzw. auf ein Regelverfahren umzustellen, so dass insbesondere eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht erforderlich werden (sh. weitergeleitete E-mail des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung vom 17.08.2023).</p> <p>Trotz dessen, dass das Planverfahren abgebrochen oder in ein ordentliches Regelverfahren umgewandelt werden muss, gebe ich für den Landkreis eine gebündelte Stellungnahme ab, die</p>	<p>Zu I. Allgemeines/Grundsätzliches Die Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt.</p> <p>Das laufende Bebauungsplanverfahren wird mit der nächsten Beschlussfassung in ein beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB überführt. Es wird eine erneute Beteiligung durchgeführt.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>auf Grundlage der eingereichten Planungsunterlagen in unserem Haus eingeholt wurde.</p> <p>2. Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen (Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB). Eine aktuelle landesplanerische Stellungnahme vom 28. Juli 2023 liegt mir vor. Danach entspricht der o.g. Bebauungsplan den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung.</p> <p>3. Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln (Entwicklungsgebot). Die Stadt Altentreptow gibt an, dass sie über einen wirksamen Flächennutzungsplan verfügt und dass der Geltungsbereich als gemischte Baufläche dargestellt wird. Demnach ist der Bebauungsplan nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden. Aufgrund der Planverfahrensänderung ist im Parallelverfahren die Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich.</p> <p>4. Zu den vorliegenden Planunterlagen möchte ich im Hinblick auf das weitere Aufstellungsverfahren zu o. g. Bebauungsplan auf folgende grundsätzliche planungsrechtliche Aspekte aufmerksam machen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die gesetzlichen Ausgangspunkte sind immer auf die aktuell gültige Rechtsgrundlage zu verweisen, denn grundsätzlich gelten die Vorschriften, welche zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültig sind. Eine Überprüfung und Korrektur ist daher notwendig. • Verfahrensvermerke dienen der Dokumentation des durchgeführten Verfahrens. Sie tragen Urkundencharakter und sind daher dem tatsächlich durchgeführten Verfahren anzupassen. Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass Verfahrensvermerke im weiteren Verfahren auf dem Planentwurf angepasst bzw. ergänzt werden. 	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Planungsziel des vorliegenden Bebauungsplanes den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung entspricht.</p> <p>Das laufende Bebauungsplanverfahren wird mit der nächsten Beschlussfassung in ein beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB überführt. Gemäß § 12a Abs. 2 Nr. 2 BauGB „kann ein Bebauungsplan, der von den Darstellungen des Flächennutzungsplans abweicht, auch aufgestellt werden, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist, die geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebiets darf nicht beeinträchtigt werden; der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen“. Mithin bedarf es einer Berichtigung des Flächennutzungsplanes. Eine Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Altentreptow im Parallelverfahren ist nicht notwendig.</p> <p>Die Rechtsgrundlagen und Verfahrensvermerke werden zur erneuten Beteiligung aktualisiert und angepasst.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>II. Bedenken, Anregungen und Hinweise 1. Nachstehend erhalten Sie die Stellungnahmen des Umweltamtes</p> <p><u>Naturschutz und Landschaftspflege</u> <u>Eingriffsregelung</u> Aufgrund der Nichtanwendbarkeit des Verfahrens nach § 13 b BauGB in Verbindung mit § 13 a BauGB ist das Umweltamt zur Eingriffsregelung in einem geänderten Planverfahren erneut zu beteiligen.</p> <p><u>Gehölzschutz</u> Sofern die gesetzlichen Vorgaben des § 18 NatSchAG M-V in der Begründung Berücksichtigung finden, sollten sie gänzlich erfasst werden oder unberücksichtigt bleiben.</p> <p><u>Wasserwirtschaft</u> Die Begründung zum B-Plan ist zu ergänzen:</p> <p><u>Niederschlagswasser:</u> Unter Punkt 6.1 der Begründung „Energie- Wasserver- und entsorgung“ ist eindeutig festzuhalten, wie das Regenwasser der neuen Bebauungen entsorgt werden soll. Eine ortsnahe Versickerung auf den Grundstücken ist nur unter der Voraussetzung ausreichender Bodenversickerungsfähigkeit gegeben. Diese ist nachzuweisen. Die Planung und Errichtung von Anlagen zur Entsorgung von Niederschlagswasser hat nach dem Stand der Technik und den technischen Regeln, hier die DWA A 102, zu erfolgen. Es ist zur Einleitung in ein Gewässer II. Ordnung eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen. Im Hinblick auf die Energieversorgung im B-Plangebiet ist nachfolgende Ergänzung vorzunehmen: Bei Einbau einer Wärmepumpe sind gemäß § 33 des Wassergesetzes des Landes M-V (LWaG) Erdaufschlüsse dem Landrat des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte als untere Wasserbehörde unverzüglich anzuzeigen. Mit der Anzeige ist das Medium (Wasser, Erdwärme) zu benennen (Anzeigenformular auf der Internetseite des Landkreises erhältlich). Für Bohrungen, für das Errichten und den Betrieb von Grundwasserwärmepumpen (Grundwasseranschnitt), Erdwärmesonden und -kollektoren ist ein separates wasserrechtliches Verfahren erforderlich, das mit Prüfung und Bearbeitung mindestens 2 Monate in Anspruch nimmt. Dies ist bei der Antragstellung zu beachten.</p>	<p>Zu II.1 Umweltamt Die Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt.</p> <p>Das laufende Bebauungsplanverfahren wird mit der nächsten Beschlussfassung in ein beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB überführt. Es wird eine erneute Beteiligung durchgeführt.</p> <p>Die Begründung wird unter <i>Punkt 6.1</i> ergänzt.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Entsprechende Anträge sind auf der Internetseite des Landkreises erhältlich und vor Baubeginn bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte einzureichen.</p> <p><u>Allgemein:</u> Es ist, entsprechend dem Sorgfaltsgebot des § 5 WHG, bei allen Vorhaben und Maßnahmen, mit denen Einwirkungen auf ein Gewässer (Oberflächengewässer, Grundwasser) verbunden sein können, die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt anzuwenden, um Beeinträchtigungen sicher auszuschließen. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass keine wassergefährdenden Stoffe in den Untergrund eindringen können, die zu einer Beeinträchtigung des Grundwassers führen könnten.</p> <p><u>Häusliches Abwasser:</u> Ergänzend zur Begründung des Bebauungsplans Nr. 41 (Stand April 2023) ist unter Nummer 6.1 „Energie-, Wasserver- und entsorgung“ bitte wie folgt zu ergänzen: Die Errichtung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Sammelgruben ist bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte zu beantragen.</p> <p><u>Bodenschutz/Abfallrecht</u> Auf dem Flurstück 35/11 befand sich eine ehemalige Stallanlage. Aufgrund dieser Vornutzung ist die Fläche als Altlast bzw. Altlastverdachtsfläche gemäß § 2 Abs. 5 und 6 BBodSchG zu bewerten. Die Betriebszeit war vermutlich von 1980 bis 1990. Dem Umweltamt liegen für diese Fläche keine Untersuchungen bzw. Gutachten über mögliche schädliche Bodenveränderungen vor. Ebenso liegen keine Unterlagen über Sanierungsmaßnahmen vor. Als zuständige Altlastensanierungsbehörde ist das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte am Verfahren zu beteiligen. Dem StALU MS könnten entsprechende Unterlagen vorliegen. Für eine abschließende Bewertung sollte zunächst ermittelt werden, ob nach Abbruch der Stallanlagen Sanierungsarbeiten durchgeführt wurden und die Fläche als unbelastet angesehen werden kann, insbesondere in Hinblick auf die geplante Nutzung als Wohnfläche. Im Zweifel ist die Bewertung einer Fläche nur durch eine aktuelle Gefährdungsabschätzung möglich.</p>	<p>Die Begründung wird unter <i>Punkt 6.1</i> ergänzt.</p> <p>Ein Gutachten über mögliche schädliche Bodenveränderungen ist angedacht.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>2. weitere Beteiligung der Behörden des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte</p> <p><u>2.1</u></p> <p>Seitens des Sachgebietes für Brand- und Katastrophenschutz ist folgendes mitzuteilen:</p> <p>Laut unseren digitalen Unterlagen befindet sich das oben genannte Bauvorhaben nicht in einem Kampfmittelbelasteten Gebiet. Erfolgen Arbeiten in Tiefenlagen von bereits bestehenden Medienträgern oder innerhalb vorhandener Trassen (z.B. Straßen, Wege, Plätze), die nach 1945 entstanden sind oder nach 1945 grundhaft ausgebaut und saniert wurden, geht der Munitionsbergungsdienst davon aus, dass bei den hier durchzuführenden Tätigkeiten nicht auf Kampfmittel getroffen wird. Es besteht in diesen Fällen aus Sicht des Munitionsbergungsdienstes kein Auskunfts- und Handlungsbedarf.</p> <p>Die Aussagen im Begründungsschreiben im Abschnitt 6.4 Brandschutz werden im Wesentlichen mitgetragen. Es gibt jedoch folgende Hinweise zur angestrebten Löschwasserversorgung über den benannten Dorfteich.</p> <p>Nach Rücksprache mit der Freiwilligen Feuerwehr Altentreptow wird dieser nicht als Löschwasserquelle geführt und die grundsätzliche Eignung in Zweifel gezogen. Darüber hinaus beziehen sich die Angaben zur 300m Entfernung aus dem Arbeitsblatt W 405 auf die tatsächliche Lauflänge. Laut Katasterdaten sind zum Erreichen des Teiches mehrere Grundstücke zu überwinden und die Wegstrecke über die öffentlichen Verkehrsflächen liegt deutlich über 300m.</p> <p>Der Löschwasserentnahme aus dem Teich kann daher nicht zugestimmt werden. Es ist eine alternative Löschwassereinrichtung erforderlich (Bsp. Löschteich, Zisterne, Löschbrunnen etc.). Die Einrichtung z.B. einer Zisterne oder eines Brunnens würde zudem auch eine Verbesserung der Löschwasserversorgung für die Bestandsbauten im Umkreis bieten.</p> <p>dazu aus der Kreisplanung:</p> <p>Grundvoraussetzung für die Zulässigkeit eines Bauvorhabens im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes nach § 30 BauGB ist die gesicherte Erschließung. Grundsätzlich gehört neben der verkehrlichen und medialen Erschließung auch der abwehrende Brandschutz dazu.</p> <p>Vorsorglich weise ich in diesem Zusammenhang darauf hin, dass beim Erlass eines Bebauungsplans eine Gemeinde davon ausgehen können muss, dass die für ein Baugebiet notwendige Erschließung (hier: Löschwasserversorgung für ein der</p>	<p>Zu 2.1 SG für Brand- und Katastrophenschutz Die Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt.</p> <p>Eine alternative Löschwasserentnahme wird eingerichtet. Die Begründung wird dementsprechend geändert.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Erholung dienendes Sondergebiet) auf einer nachfolgenden Stufe möglich und sichergestellt ist. Lässt sich dies nicht hinreichend sicher abschätzen, führt dies auf einen Verstoß gegen das Gebot der Konfliktbewältigung und damit auf eine fehlerhafte Abwägungsentscheidung (vgl. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 19.04.2018 - 8 S 2573/15 – openjur.de).</p> <p><u>2.2</u> Die untere Verkehrsbehörde gibt zum Bauleitplanverfahren folgende Hinweise: Bei Baumaßnahmen ist der Veranlasser verpflichtet, solche Technologien anzuwenden, dass für den Verkehrsablauf die günstigste Lösung erzielt wird. Der Verkehrsablauf und die Sicherheit im Straßenverkehr besitzen gegenüber den Baumaßnahmen, die zur Einschränkung bzw. zeitweiligen Aufhebung der öffentlichen Nutzung von Straßen führen, den Vorrang. Die Grundsätze sind bereits in der Phase der Vorbereitung der Baumaßnahme zu beachten. Alle Baumaßnahmen bzw. Beeinträchtigungen, die den Straßenkörper mit seinen Nebenanlagen betreffen, sind mit dem zuständigen Straßenbaulastträger abzustimmen. Für eine notwendige Verkehrsraumeinschränkung ist zwei Wochen vor Beginn der Bauphase eine verkehrsrechtliche Anordnung gemäß § 45 Abs. 6 StVO beim Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Verkehrsangelegenheiten / Straßenverkehrsbehörde, PF 11 02 64, 17042 Neubrandenburg oder per E-Mail unter verkehrsbehoerde@lk-seenplatte.de einzuholen.</p> <p><u>2.3</u> Aus der Sicht der unteren Denkmalschutzbehörde ist folgendes mitzuteilen: In unmittelbarer Umgebung des o.g. Bebauungsplans sind die Baudenkmale „Bauernhaus mit Stall“ (Denkmalisten-Nr. DM_106) und „Kirche mit Feldsteinmauer und Torpfeiler“ (Denkmalisten-Nr. DM_108) bekannt (vgl. beiliegende Karte). Bei dem Vorhaben werden daher Belange des Denkmalschutzes von Baudenkmalen berührt. Alle Veränderungen am Denkmal und in seiner Umgebung sind nach dem Denkmalschutzgesetz M-V genehmigungspflichtig. Für die Errichtung der geplanten Gebäude sind daher die Belange der o.g. Baudenkmale zu berücksichtigen.</p> <p>Folgende Hinweise sind zu beachten. 1. Auch wenn das Vorhaben mit Rechtskraft des vorhabenbezogenen Bebauungsplans gemäß Landesbauordnung M-V</p>	<p>Zu 2.2 Untere Verkehrsbehörde Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu 2.3 Untere Denkmalschutzbehörde Die Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt. Die Hinweise zum Denkmalschutz werden in die Begründung übernommen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>genehmigungsfreigestellt ist, bedürfen die Bauvorlagen für die Neubauten (Ausführungsplanung) gemäß § 7 Abs. 1 Denkmalschutzgesetz M-V (DSchG M-V) einer denkmalrechtlichen Genehmigung der UDB.</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Das Gesamtgestaltungskonzept der Neubauten (Materialien, Techniken) und die Detaillierungen (Fenster, Türen, Dachflächen etc.) sind im Genehmigungsverfahren mit der UDB abzustimmen. 3. Für die Freiflächen ist der UDB ein Freiflächenplan zur Abstimmung im Genehmigungsverfahren vorzulegen. <p><u>Erläuterungen</u> Denkmale sind nach § 2 Abs. 1 DSchG M-V Sachen, Mehrheiten von Sachen und Teile von Sachen, an deren Erhaltung und Nutzung ein öffentliches Interesse besteht, wenn die Sachen bedeutend für die Geschichte des Menschen, für Städte und Siedlungen oder für die Entwicklung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen sind und für die Erhaltung und Nutzung künstlerische, wissenschaftliche, geschichtliche, volkskundliche oder städtebauliche Gründe vorliegen (§ 2 Abs. 1 DSchG M-V). Bodendenkmale sind nach § 2 Abs. 1 DSchG M-V Sachen sowie Teile oder Mehrheiten von Sachen, an deren Erhaltung ein öffentliches Interesse besteht, da sie für die Geschichte des Menschen bedeutend sind. Sie zeugen u.a. vom menschlichen Leben in der Vergangenheit und gestatten Aufschlüsse über die Kultur-, Wirtschafts-, Sozial- und Geistesgeschichte sowie über Lebensverhältnisse und zeitgenössische Umweltbedingungen des Menschen in ur- und frühgeschichtlicher Zeit (§ 2 Abs. 5 DSchG M-V). Erdeingriffe jeglicher Art im Bereich von Bodendenkmalen haben deren Veränderung zur Folge. Wenn bei Vorhaben der o. g. Art ein Denkmal verändert wird, bedarf es gemäß § 7 DSchG M-V einer Genehmigung durch die für die Bewilligung des Vorhabens zuständigen Behörde, die die-se wiederum nur nach Anhörung gemäß § 7 (1) DSchG M-V bzw. im Einvernehmen gemäß § 7 (6) DSchG M-V mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege erteilen darf. Das Landesamt kann der Genehmigung nur dann zustimmen, wenn eine archäologische Untersuchung der betroffenen Teile des Bodendenkmals durch Fachkräfte gewährleistet ist. Alle durch die Untersuchung entstehenden Kosten hat der Verursacher des Eingriffes zu tragen (§ 6 Abs. 5 DSchG M-V).</p>	

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p><u>2.4</u> Seitens der Kreisplanung als Straßenaufsichts- bzw. -fachbehörde, wird zum Straßen- und Wegerecht auf folgendes hingewiesen: Die Errichtung der Straße bedarf gemäß §10 StrWG MV einer Genehmigung durch die zuständige Straßenaufsichtsbehörde. Ein entsprechender Antrag ist formlos und grundsätzlich von der Gemeinde zu stellen. Von der Gemeinde ist auch die Bestätigung der Planung vorzunehmen. Eine Genehmigung bedingt als planungsrechtliche Voraussetzung die Rechtskraft des Bebauungsplanes. Die Verkehrsfläche ist in der Planzeichnung mit einer Breite von 7,00 m dargestellt. Im Straßenquerschnitt ist die Mischverkehrsfläche aufgeteilt in eine Fahrbahn mit 3,50 m und einem Gehweg mit 1,50 m Breite zuzüglich beidseitigem Grünstreifen. Gemäß der Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen RASt 06 beträgt die erforderliche Mindestbreite für die zu erwartende Begegnung von LKW und PKW ohne Einschränkungen der Bewegungsräume 5,55 m. Um dies gewährleisten zu können, sollten Aussagen zur eventuellen Überfahrbarkeit der Bankette ergänzt werden. Bei Festsetzungen zu Einfriedungen sind grundsätzlich die erforderlichen Freihaltezonen für Sichtfelder zu berücksichtigen. „Bei der Untersuchung der räumlichen Sichtverhältnisse ist die Augenhöhe eines PKW-Fahrers mit 1,0m ... über der Fahrbahn anzunehmen.“ (RASt 06)</p>	<p>Zu 2.4 Kreisplanung Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
3.	<p>Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte Neustrelitzer Str. 120 17033 Neubrandenburg</p>	15.08.2023	<p>1. Naturschutz, Wasser und Boden Im Hinblick auf das geplante Vorhaben und der Altlastensituation auf dem Gelände einer ehemaligen Stallanlage sind folgende Auflagen für die Umsetzung des Vorhabens erforderlich.</p> <p><u>Auflagen</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine historische Erkundung der betroffenen Flurstücke muss durchgeführt werden, um mögliche Altlastenverdachtsflächen zu lokalisieren. Der Endbericht muss dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte (StALU MS) zur Prüfung übermittelt werden. 2. Werden aus der historischen Erkundung Altlastenverdachtsflächen ermittelt, so ist eine orientierende Altlastenuntersuchung für alle potentielle Altlastenverdachtsflächen zu erstellen. Speziell sind Boden und Grundwasser nach standortstypischen Emittenten zu untersuchen. Die Wirkungspfade der Bundesbodenschutzverordnung sind mit ihren 	<p>Zu 1. Naturschutz, Wasser und Boden Die Stellungnahme wird berücksichtigt.</p> <p>Eine Altlastenuntersuchung wird in Auftrag gegeben und dem StALU zur Prüfung übermittelt.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Parameterlisten bindend. Ein Konzept für diese Arbeiten muss mit dem StALU MS abgestimmt werden.</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. Beim Auftreten von Kontaminationen während der orientierende Bodenuntersuchung, welche oberhalb der in der Bundesbodenschutzverordnung Anhang 2 festgelegten Prüfwerte liegen, muss durch eine Detailuntersuchung das Gefahrenpotential für die Wirkungspfade abgeschätzt werden. Gegebenenfalls sind Sanierungsmaßnahmen umzusetzen, welche dem geplanten Nutzungskonzept entsprechen. 4. Für die ggf. erforderlichen Erdarbeiten ist ein Arbeits- und Sicherheitsplan nach DGUV 101-004 für Arbeiten im kontaminierten Bereich zu erstellen. 5. Bei Erdarbeiten aufgeschlossener kontaminierter Boden bzw. Lockergestein ist vollständig nach Ersatzbaustoffverordnung zu beproben, verwerten und entsorgen. <p><u>Begründung</u> Bei dem Standort handelt es sich nach Auswertung der Luftbilder um ein ehemaliges Gelände einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft oder anderer landwirtschaftlichen Produktionsstätte. Da an solchen Standorten mit Tropfverlusten durch Undichtigkeiten und Handhabungsverlusten von Düngemitteln, Pestiziden, Herbiziden, Fungiziden und Treibstoffen zu rechnen ist, wird dieser Standort branchentypisch als altlastverdächtige Fläche eingestuft. Das StALU MS ist nach § 14 Absatz 4 Punkt 3 Landesbodenschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern (LBodSchG M-V) zuständig für die Anordnung der notwendigen Maßnahmen zur Sanierung von und der notwendigen Schutz- und Beschränkungsmaßnahmen für Altlasten. Daraus ergeben sich die vorangegangenen Auflagen, welche sich zudem nach der Bundesbodenschutzverordnung § 10 Absatz 1 (Vorsorgeanforderungen) richten.</p> <p><u>Hinweise</u> Das StALU MS weist darauf hin, dass es im Bereich des Bebauungsplanes zur Erschließung von Kontaminationsbereichen im Rahmen der Bautätigkeiten kommen kann. Folgende Schadstoffgruppen wären standorttypisch, MKW, PAK, BTEX, Asbest, Schwermetalle wie Chrom, Kupfer, Nickel, Zink, Arsen und Blei, sowie Cadmium. Im Rahmen der altlastenorientierenden Voruntersuchung wäre es sinnvoll die Bereiche nach relevanten Parameter gemäß Bundesbodenschutzgesetz zu untersuchen. Bei einer Neubebauung ist ggf. vorher eine Altlastensanierung notwendig, welche den im Bundesbodenschutzgesetz</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>(BBodSchG) und der Bundes- Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) festgesetzten Anforderungen für das geplante zukünftige Nutzungskonzept entspricht. Sollte eine Sanierung bereits teilweise bzw. vollständig durchgeführt worden sein, sind dem StALU MS sämtliche Unterlagen und Nachweise umgehend nachzureichen. Es behält sich das Recht vor diese Unterlagen zu überprüfen und gegebenenfalls erforderliche weitere Schritte in die Wege zu leiten. Das StALU MS ist bei Sanierungsvorhaben als zuständige Behörde rechtzeitig einzubinden. Weitere Belange der Abteilung Naturschutz, Wasser und Boden sind durch das Vorhaben nicht betroffen.</p> <p>4. Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft Bauleitplanung ist klimarelevant (Groß, Klimaschutz als Kommunale Pflicht, NordÖR 2022, 557); § 13 Klimaschutzgesetz bzw. § 1a Abs. 5 BauGB ist daher in das Planungsermessen der Gemeinde einzustellen, wobei zunächst die konkreten (auch mikroklimatischen) Auswirkungen zu ermitteln sind; dies ist nicht erfolgt und daher — zur Vermeidung der Rechtswidrigkeit der Planung — nachzuholen. Hierauf dürfte es jedoch nicht mehr ankommen, da die gesamte Planung rechtswidrig ist. Das gewählte Planungsinstrument, § 13b BauGB, ist aufgrund seiner Unvereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 der SUP-RL (2001/42/EG) nicht anzuwenden; es hätte eine Umweltprüfung durchgeführt und ein Umweltbericht erstellt werden müssen (vgl. BVerwG, Urteil vom 18. Juli 2023, 4 CN 3.22). Für Fragen steht Ihnen Herr Geiger (0385-588 69 500) gerne zur Verfügung. Andere Belange in der Zuständigkeit des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte sind durch das o.g. Vorhaben nicht betroffen.</p> <p>Stellungnahme zum Konzept der orientierenden Altlastenuntersuchung zum Bauvorhaben Altentreptow, B-Plan Nr.41 Wohnbebauung Loickenzin Das von Ihnen eingereichte Kurzkonzept wird seitens des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische</p>	<p>Zu 4. Immissions- und Klimaschutz, Abfall und Kreislaufwirtschaft. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Klimaschutz fließt in das Planungsermessen ein und findet in den jeweiligen Festsetzungen Berücksichtigung. Aufgrund der Nichtigkeit des § 13b BauGB wird der Bebauungsplan mit der nächsten Beschlussfassung in das beschleunigte Verfahren nach § 12a BauGB überführt. Es wird eine erneute Beteiligung durchgeführt.</p> <p>Zum Altlastenuntersuchungskonzept Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
		10.11.2023	<p>Seenplatte (StALU MS) befürwortet und ist grundsätzlich so umzusetzen.</p> <p>Die Positionen der Bohransatzpunkte sind akzeptabel. Ein mögliches Ausweichen auf alternative Positionen sollte auf ein vertretbares Minimum reduziert werden und in der späteren Dokumentation fachgerecht kenntlich gemacht und begründet werden. Die Dokumentation ist in Berichtsform abzugeben. Hinsichtlich der geplanten Feststoffanalytik bestehen seitens des StALU MS keine Bedenken und ist auch mit den angegebenen Parametern einverstanden, so dass diese gemäß der vorgelegten Planung durchzuführen ist. Falls bei den durchgeführten Untersuchungen Auffälligkeiten auftreten, welche bodenschutzrechtliche Relevanz haben, sind diese ebenfalls innerhalb des o. g. Berichtes festzuhalten und korrekt einzuordnen. Nach Abschluss der Arbeiten sind die Ergebnisse zeitnah dem StALU MS zur Überprüfung vorzulegen. Sollten die die Bodenproben höhere Konzentrationen der gesuchten Verbindungen vorweisen, so behält sich das StALU MS weitere Maßnahmen zu Gefährdungsabschätzung bzw. zur Gefahrenabwehr vor.</p>	
4.	Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V Abt. Arbeitsschutz und technische Sicherheit Neustrelitzer Straße 120 17033 Neubrandenburg		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
5.	Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege M-V Domhof 4/5 19055 Schwerin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
6.	Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V Goldberger Straße 12 b 18273 Güstrow	16.08.2023	<p>Abteilung Immissionsschutz und Abfallwirtschaft (Abteilung 5)</p> <p>[1] Satzung der Stadt Altentreptow über den Bebauungsplan Nr. 41 „Wohnbebauung Loickenzin“ - Entwurf April 2023</p> <p>[2] Bebauungsplan Nr. 41 „Wohnbebauung Loickenzin“, Begründung - Entwurf April 2023</p> <p>Die Stadt Altentreptow beabsichtigt, das Plangebiet als allgemeines Wohngebiet auszuweisen.</p>	<p>Zu Abteilung Immissionsschutz und Abfallwirtschaft (Abteilung 5)</p> <p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt.</p> <p>Die Begründung wird angepasst.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Diesem kommt dann ein Schutzanspruch von 55 dB(A) am Tag und 40 dB(A) in der Nacht gem. Nr. 6.1 e) TA Lärm zu. Der Planer stellt in [2] lapidar fest, dass „... keine wesentlichen Immissionswirkungen im Plangebiet vorhersehbar ...“ sind und blendet damit den existierenden Windpark vollständig aus. Dieser ist mit insgesamt 39 Windenergieanlagen (WEA) belegt und prägt die umliegenden Ortschaften maßgeblich.</p> <p>Am Standort werden seit dem Jahr 2008 Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen durch das LUNG lärmtechnisch bewertet. Die Ortslage Loickenzin wurde dabei regelmäßig mit den Immissionsorten am südwestlichen Rand (Loickenzin Nr. 1 + 2) als Kern-, Dorf-, Mischgebiet I. S. von Nr. 6.1 d) TA Lärm angesehen. Der hier zulässige Immissionsrichtwert „nachts“ von 45 dB(A) wurde in dem im Jahr 2013 geführten Verfahren am Immissionsort „Loickenzin Nr. 1“ um mehr als 1 dB(A) überschritten. Der Betrieb der WEA wurde in Gestalt des Genehmigungsbescheides G007/14 trotzdem erteilt, da die Antragstellerin glaubhaft versichern konnte, dass der Immissionsort „Loickenzin Nr. 1“ dauerhaft wegfallen wird. Am nunmehr maßgeblichen Immissionsort „Loickenzin Nr. 2“ betrug die Überschreitung weniger als 1 dB(A) und war somit i. S. von Nr. 3.2.1 Abs. 3 TA Lärm zulässig.</p>	
7.	Landesamt für innere Verwaltung M-V Amt für Geoinformation, Vermessung und Katasterwesen Postfach 120135 19018 Schwerin	13.07.2023	<p>In dem von Ihnen angegebenen Bereich befinden sich keine Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagennetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Beachten Sie dennoch für weitere Planungen und Vorhaben die Informationen im Merkblatt über die Bedeutung und Erhaltung der Festpunkte (Anlage).</p> <p>Bitte beteiligen Sie auch die jeweiligen Landkreise und kreisfreien Städte als zuständige Vermessungs- und Katasterbehörden, da diese im Rahmen von Liegenschaftsvermessungen das Aufnahmepunktfeld aufbauen. Aufnahmepunkte sind ebenfalls zu schätzen.</p>	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
8.	Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz MV Graf-Yorck-Straße 6 19061 Schwerin	19.07.2023	<p>Aufgrund des örtlich begrenzten Umfangs Ihrer Maßnahme und fehlender Landesrelevanz ist das LPBK M-V als obere Landesbehörde nicht zuständig.</p> <p>Bitte wenden Sie sich bezüglich der öffentlichen Belange Brand- und Katastrophenschutz an den als untere Verwaltungsstufe örtlich zuständigen Landkreis bzw. zuständige kreisfreie Stadt. Außerhalb der öffentlichen Belange wird darauf hingewiesen,</p>	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>dass in Mecklenburg-Vorpommern Munitionsfunde nicht auszuschließen sind. Gemäß § 52 LBauO ist der Bauherr für die Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften verantwortlich. Insbesondere wird auf die allgemeinen Pflichten als Bauherr hingewiesen, Gefährdungen für auf der Baustelle arbeitende Personen so weit wie möglich auszuschließen. Dazu kann auch die Pflicht gehören, vor Baubeginn Erkundungen über eine mögliche Kampfmittelbelastung des Baufeldes einzuholen. Konkrete und aktuelle Angaben über die Kampfmittelbelastung (Kampfmittelbelastungsauskunft) der in Rede stehenden Fläche erhalten Sie gebührenpflichtig beim Munitionsbergungsdienst des LPBK M-V. Auf unserer Homepage www.brand-kats-mv.de finden Sie unter „Munitionsbergungsdienst“ das Antragsformular sowie ein Merkblatt über die notwendigen Angaben. Ein entsprechendes Auskunftersuchen wird rechtzeitig vor Bauausführung empfohlen.</p>	
9.	Landesforstanstalt M-V Forstamt Neubrandenburg Oelmühlenstraße 3 17033 Neubrandenburg	18.10.2023	<p>Ziel des Bebauungsplanes Nr. 41 ist die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes, mit dem die Schaffung von bis zu fünf Wohnbauflächen vorgesehen ist. Nach Prüfung der Unterlagen befindet sich das überplante Flurstück 35/11, Flur 1, Gemarkung Loickenzin inmitten der Ortschaft Loickenzin und hat keine Anbindung an Waldflächen. Die Waldabstandsregelung nach § 20 LWaldG kommt deshalb nicht zur Anwendung. Danach ist ein Waldabstand von 30 Metern zwischen einer baulichen Anlage und der Traufkante von Waldbeständen einzuhalten, um Gefahren zu vermeiden, die ausgehend vom Wald für bauliche Anlagen oder deren Nutzern drohen, als auch Gefahren für den Wald und dem Waldbesitz vorzubeugen, die aus der baulichen Anlage bzw. deren Nutzung erwachsen. Bezogen auf die vom Wald ausgehende Gefährdung, steht der Schutz von Leben und Gesundheit des Nutzers baulicher Anlagen im Mittelpunkt der gesetzlichen Festlegungen. Die Vorschrift dient aber auch in gleicher Weise dem Schutz der Interessen des Waldbesitzers. Durch die Errichtung sowie durch die dauerhafte Nutzung eines Gebäudes in unmittelbarer Nähe zum Wald, würde insbesondere eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung des Waldes erschwert und zusätzlich eingeschränkt werden. Unter Berücksichtigung, dass keine Waldbetroffenheit durch das Vorhaben festgestellt wird, ist die Einhaltung des</p>	<p>Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Waldabstandes nach 820 LWaldG M-V zu baulichen Anlagen nicht relevant. Aus forstlicher Sicht sind keine Konflikte im Sinne des LWaldG M-V erkennbar.</p> <p>Von Seiten des Forstamtes Neubrandenburg gibt es keine Einwände gegen den vorgelegten Bebauungsplan Nr. 41 „Wohnbebauung Loickenzin“ der Stadt Altentreptow. Das Einvernehmen wird durch unsere Behörde hergestellt.</p>	
10.	Bergamt Stralsund Frankendamm 17 18439 Stralsund	15.08.2023	<p>Die von Ihnen zur Stellungnahme eingereichte Maßnahme Bebauungsplan Nr. 41 "Wohnbebauung Loickenzin" der Stadt Altentreptow berührt keine bergbaulichen Belange nach Bundesberggesetz (BBergG) sowie keine Belange nach Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in der Zuständigkeit des Bergamtes Stralsund.</p> <p>Für den Bereich der o.g. Maßnahme liegen zurzeit keine Bergbauberechtigungen oder Anträge auf Erteilung von Bergbauberechtigungen vor.</p> <p>Aus Sicht der vom Bergamt Stralsund zu wahrenen Belange werden keine Einwände oder ergänzenden Anregungen vorgebracht.</p>	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
11.	Straßenbauamt Neustrelitz Hertelstraße 8 17235 Neustrelitz	26.07.2023	<p>Der Geltungsbereich des vorgelegten B-Plans Nr. 41 liegt nicht direkt an einer Bundes- oder Landesstraße, so dass die Zuständigkeit des Straßenbauamtes Neustrelitz nicht berührt wird.</p> <p>Mit dem B-Plan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung von Wohnbauflächen in Loickenzin geschaffen werden.</p> <p>Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Gemeindestraße, die bei km 2.270 im Abschnitt 065 rechtsseitig an die L 27 anbindet.</p> <p>Insofern gibt es seitens der Straßenbauverwaltung keine Bedenken zum Entwurf Bebauungsplanes Nr. 41 der Stadt Altentreptow mit dem Stand April 2023.</p>	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
12.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3 Postfach 2963 53019 Bonn	13.07.2023	<p>Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.</p>	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
13.	Deutsche Telekom AG Technikniederlassung Postfach 2 29	18.07.2023	<p>Gegen Ihre geplante Baumaßnahme gibt es prinzipiell keine Einwände.</p>	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag																																																								
	14526 Stahnsdorf		In Ihrem o.g. Planungsbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom. Sollte die Herstellung einer Anbindung an das Telekommunikationsnetz gewünscht werden, muss die Antragstellung separat über den Bauherrens-service, Rufnummer 0800 330 1903, erfolgen. Weitere Hinweise finden Sie auch im Internet unter: www.telekom.de/umzug/bauherren ! Für Fragen zum Inhalt unseres Schreibens stehen wir Ihnen unter oben genannten Kontaktmöglichkeiten oder unserer Besucheranschrift zur Verfügung.																																																									
14.	e.dis AG Langewahler Straße 60 15517 Fürstenwalde/ Spree	18.07.2023	<p>Im Bereich Ihrer Spartenanfrage befinden sich Versorgungsanlagen der E.DIS Netz GmbH. Das rot umrandete Gebiet auf den Plänen stellt den Anfragebereich dar. Folgende Planauszüge und sonstige Dokumente wurden übergeben:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Sparte</th> <th>Spartenpläne ausgegeben</th> <th>Sicherheitsrel. Einbauten</th> <th>Sperrflächen</th> <th>Leerauskunft</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Gas:</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☒</td> </tr> <tr> <td>Strom-BEL:</td> <td>☒</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☐</td> </tr> <tr> <td>Strom-NS:</td> <td>☒</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☐</td> </tr> <tr> <td>Strom-MS:</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☒</td> </tr> <tr> <td>Strom-HS:</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☒</td> </tr> <tr> <td>Telekommunikation:</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☒</td> </tr> <tr> <td>Fernwärme:</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☐</td> <td>☒</td> </tr> </tbody> </table> <table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="4">Dokumente</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Indexplan:</td> <td>☒</td> <td>Vermessungsdaten:</td> <td>☐</td> </tr> <tr> <td>Gesamtmedienplan:</td> <td>☒</td> <td>Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen:</td> <td>☒</td> </tr> <tr> <td>Skizze:</td> <td>☐</td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Bitte beachten Sie hierzu die Bestätigung über erfolgte Planauskunft / Einweisung, insbesondere die Informationen zu 'Örtliche Einweisung / Ansprechpartner' auf Seite 3, die 'Besonderen Hinweise' auf Seite 4, das Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen und die beigefügten Pläne.</p> <p>Weitere besondere Hinweise: keine</p>	Sparte	Spartenpläne ausgegeben	Sicherheitsrel. Einbauten	Sperrflächen	Leerauskunft	Gas:	☐	☐	☐	☒	Strom-BEL:	☒	☐	☐	☐	Strom-NS:	☒	☐	☐	☐	Strom-MS:	☐	☐	☐	☒	Strom-HS:	☐	☐	☐	☒	Telekommunikation:	☐	☐	☐	☒	Fernwärme:	☐	☐	☐	☒	Dokumente				Indexplan:	☒	Vermessungsdaten:	☐	Gesamtmedienplan:	☒	Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen:	☒	Skizze:	☐			Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
Sparte	Spartenpläne ausgegeben	Sicherheitsrel. Einbauten	Sperrflächen	Leerauskunft																																																								
Gas:	☐	☐	☐	☒																																																								
Strom-BEL:	☒	☐	☐	☐																																																								
Strom-NS:	☒	☐	☐	☐																																																								
Strom-MS:	☐	☐	☐	☒																																																								
Strom-HS:	☐	☐	☐	☒																																																								
Telekommunikation:	☐	☐	☐	☒																																																								
Fernwärme:	☐	☐	☐	☒																																																								
Dokumente																																																												
Indexplan:	☒	Vermessungsdaten:	☐																																																									
Gesamtmedienplan:	☒	Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen:	☒																																																									
Skizze:	☐																																																											
15.	GDMcom Maximilianallee 4 04129 Leipzig		Es liegt keine Stellungnahme vor.																																																									

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
16.	GASCADE Gastransport GmbH Kölnische Straße 108-112 34119 Kassel	29.07.2023	Nicht betroffen.	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
17.	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH Eckdrift 81 19061 Schwerin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
18.	50Hertz Transmission GmbH Heidestraße 2 10557 Berlin	18.07.2023	Nicht betroffen.	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
19.	IHK Neubrandenburg Postfach 110253 17033 Neubrandenburg	16.08.2023	Nach Prüfung der Unterlagen gibt es aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern keine Hinweise oder Anregungen zum vorliegenden Planungsstand (Entwurf April 2023).	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
20.	Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern Friedrich-Engels-Ring 11 17033 Neubrandenburg	17.07.2023	Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass aus der Sicht unseres Hauses zum angefragten Planungsanliegen und den daraus abgeleiteten Festsetzungen - keine Einwände - erhoben werden. Handwerkliche Nutzungsinteressen werden in erkennbarer Weise nicht berührt. Eine weitere Beteiligung am laufenden Verfahren wird nicht als notwendig erachtet.	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
21.	Wasser- und Bodenverband „Untere Tollense / Mittlere Peene“ Anklamer Straße 10 17126 Jarmen	24.04.2023	Seitens des Verbandes werden zum o.g. B-Plan keine weiteren Hinweise gegeben, bzw. Forderungen erhoben, da gemäß Planunterlagen keine Gewässer 2. Ordnung in unmittelbarer Nähe des Ausführungsbereiches vorhanden sind. Grundsätzlich fordern wir als Wasser- und Bodenverband, dass mögliche Gewässerkreuzungen mindestens 1,5 m unterhalb der Graben- oder Rohrsohle erfolgen müssen. Ebenfalls einzuhalten ist ein beidseitiger, bebauungsfreier und unbepflanzter Korridor an Gewässern von mindestens 7 m. Ein mögliches Vorhandensein von Drainageleitungen ist bei den jeweiligen Flächeneigentümern in Erfahrung zu bringen. Sollte zukünftig eine Gewässerbenutzung in Form einer Einleitung notwendig werden, so ist diese gesondert zu beantragen. Sollte der Planentwurf in einem für den WBV relevanten Umfang geändert werden, so ist unser Verband erneut zu beteiligen. Diese Stellungnahme stellt keine Erlaubnis im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes dar. Sie kann jedoch zu deren	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
		17.07.2023	<p>Genehmigung bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises mit herangezogen werden.</p> <p>Seitens des Verbandes werden zum o.g. B-Plan keine weiteren Hinweise gegeben, bzw. Forderungen erhoben, da gemäß Planunterlagen keine Gewässer 2. Ordnung in unmittelbarer Nähe des Ausführungsbereiches vorhanden sind.</p> <p>Grundsätzlich fordern wir als Wasser- und Bodenverband, dass mögliche Gewässerkreuzungen mindestens 1,5 m unterhalb der Graben- oder Rohrsohle erfolgen müssen. Ebenfalls einzuhalten ist ein beidseitiger, bebauungsfreier und unbepflanzter Korridor an Gewässern von mindestens 7 m. Ein mögliches Vorhandensein von Dränageleitungen ist bei den jeweiligen Flächeneigentümern in Erfahrung zu bringen. Sollte zukünftig eine Gewässerbenutzung in Form einer Einleitung notwendig werden, so ist diese gesondert zu beantragen.</p> <p>Sollte der Planentwurf in einem für den WBV relevanten Umfang geändert werden, so ist unser Verband erneut zu beteiligen. Diese Stellungnahme stellt keine Erlaubnis im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes dar. Sie kann jedoch zu deren Genehmigung bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises mit herangezogen werden.</p>	
22.	Gesellschaft für Kommunale Umweltdienste mbH (GKU) Ostmecklenburg Vorpommern Teetzlebener Chaussee 5 17087 Altentreptow	17.07.2023	<p>Für die neu entstehenden Grundstücke 1, 8 & 9 besteht die Möglichkeit sich an die vorhandene Trinkwasserleitung anzuschließen. Für die Grundstücke 2 – 7 existiert keine Trinkwasserleitung für die Versorgung mit Trinkwasser. Daher ist es notwendig die Grundstücke 2 - 7 mit einer Trinkwasserleitung zu erschließen.</p> <p>Für die Erschließung ist der Erschließungsträger zuständig. Der Erschließungsträger hat im Vorfeld der Planung und Bauleistungen einen Erschließungsvertrag / Vereinbarung mit dem Wasser- und Abwasserzweckverband Demmin/Altentreptow (ZVB) abzuschließen, in dem folgendes geregelt werden muss.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Planung und der Bau haben nach den Anforderungen und Vorgaben des ZVB/ der GKU zu erfolgen. 2. Die Planung ist dem ZVB/der GKU zur Prüfung und Freigabe vor Beginn der Bauarbeiten vorzulegen. 3. Der Bau der Ver- und Entsorgungsleitungen hat durch ein Bauunternehmen zu erfolgen, das die nötigen Zulassungen für den Bau von Ver- und Entsorgungsleitungen nachweisen kann. 	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>4. Nach Fertigstellung der Bauleistungen ist eine Abnahme mit dem ZVB bzw. der GKU durchzuführen.</p> <p>Was ist zu bei der kostenfreien Übergabe der Anlagen an den ZVB zu übergeben.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bestandsunterlagen nach den Vorgaben des ZVB 2. Materialliste 3. Nachweis der Freigabe der TWL durch das Gesundheitsamt 4. Druckprotokolle 5. Abnahmeprotokoll Erschließungsträger, Planungsbüro, Baubetrieb, Zweckverband 6. Eine Kamerabefahrung der Entsorgungsleitungen. <p>Mit der Übertragung der Anlagen geht dann die Versorgungspflicht an den ZVB über.</p>	
23.	Bauernverband Altentreptow e.V. Trockner Weg 1b 17034 Neubrandenburg	21.08.2023	Auf der zur Bebauung geplanten Fläche liegt aktuell keine landwirtschaftliche Nutzung vor. In der Begründung sind aus unserer Sicht alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft berücksichtigt. Aus den genannten Gründen stimmen wir einer geplanten Bebauung zu. Eventuelle Ausgleichsmaßnahmen sollten dabei nicht auf landwirtschaftlicher Nutzfläche erfolgen.	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
24.	Staatliches Bau- und Liegenschaftsamt Neubrandenburg Neustrelitzer Straße 121 17033 Neubrandenburg		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
25.	BUND M-V Wismarsche Str. 152 19053 Schwerin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
26.	NABU M-V Wismarsche Str. 146 19053 Schwerin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
27.	Gemeinde Pripsleben über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
28.	Gemeinde Golchen		Es liegt keine Stellungnahme vor.	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
	über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow			
29.	Gemeinde Wolde über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
30.	Gemeinde Wildberg über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
31.	Gemeinde Groß Teetzleben über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
32.	Gemeinde Grischow über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
33.	Gemeinde Burow über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
34.	Gemeinde Gültz über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
35.	"Mecklenburg-Vorpommersche Verkehrsgesellschaft mbH (MVVG) Quitzerower Weg 13e 17109 Demmin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
36.	Neubrandenburger Stadtwerke GmbH John-Schehr-Strasse 1 17033 Neubrandenburg	31.07.2023	<p>Wir erteilen diese Stellungnahme im Namen der neu-medianet GmbH.</p> <p>neu-medianet GmbH Angrenzend an den Planungsbereich in der Loickenziner Straße befinden sich Leitungen der neu-medianet GmbH zur Anbindung unserer PoP-Standorte im Breitbandausbauggebiet, zur Übertragung von Daten der neu.sw-Leitwartenüberwachung und zur Versorgung unserer Kunden mit Multi-Media- Diensten. Diese Leitungen sind in den Bestandsunterlagen dargestellt. Die Leitungen sind unbedingt zu schützen und dürfen nicht fest überbaut werden. In der Nähe der Leitungen ist Handschachtung erforderlich. Vor Beginn der Arbeiten ist zwingend eine Leitungsauskunft/ein Schachtschein einzuholen. Bei eventuellen Freilegungen ist die Baubetreuung T4-LI der neu.sw (Tel. 0395 3500-694) zu informieren, die Leitungen sind entsprechend der technischen Standards wieder abzusanden und beim Verschließen sind wieder Warnbänder (Achtung Kabel bzw. Achtung LWL) zu verlegen. Damit die neu entstehenden Baugrundstücke mit an das moderne Breitbandnetz angeschlossen werden können, ist die neu-medianet GmbH an einer Verlegung während der Erschließungsmaßnahmen stets interessiert. Die neu-medianet GmbH wünscht bei der Detailplanung des Bauvorhabens mit einbezogen zu werden, um in der Bauphase aktiv mitwirken zu können. Wir bitten um rechtzeitige Kontaktaufnahme durch das beauftragte Ingenieurbüro. Ansprechpartner ist Herr Frank Jahncke (Tel. 0395 3500-693, E-Mail: frank.jahncke@neu-sw.de).</p> <p>Allgemeine Hinweise Vor Beginn von Tiefbauarbeiten sind stets die Einholung einer Schachterlaubnis und die Vereinbarung einer Vor-Ort-Einweisung bei unserem Fachbereich Technische Dokumentation erforderlich. Vorhandene Leitungen, Kabel und Beschilderungen sind zu sichern und zu schützen. Bei Kreuzungen sowie bei Parallelverlegungen zu unseren Anlagen sind in Bezug auf Baumaßnahmen mit unterirdischem Rohrvortrieb (Pressungen, Bohrungen) generell Such- und Handschachtungen zur Bestimmung des genauen Trassenverlaufes und der Tiefenlage der vorhandenen Anlagen im Beisein des Leitungseinweisenden des Netzbetreibers vorzunehmen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird in die Begründung mit aufgenommen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Sofern in den Bestandsplänen dargestellte Anlagen nicht aufgefunden werden, ist vor Baubeginn die weitere Vorgehensweise mit dem Leitungseinweisenden des Netzbetreibers abzustimmen.</p> <p>Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass die von uns erstellte DXF-Datei keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat. Es besteht die Möglichkeit, dass Daten aus unserem geografischen Informationssystem nicht vollständig exportiert wurden. Vergleichen Sie hierzu bitte den Leitungsbestand der anliegenden PDF-Datei mit dem der DXF-Datei.</p> <p>Freizeichnungshinweise</p> <p>Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in den Plänen enthaltenen Angaben und Maßzahlen hinsichtlich Lage und Verlegungstiefe unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet werden. Dabei ist zu beachten, dass unterirdische Versorgungseinrichtungen nicht zwingend geradlinig sind und auf dem kürzesten Weg verlaufen. Darüber hinaus darf auf Grund von Erdbewegungen, auf die das Versorgungsunternehmen keinen Einfluss hat, auf eine Angabe zur Überdeckung nicht vertraut werden. Die genaue Lage der Versorgungseinrichtungen ist in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Ortung, Querschläge, Suchschlitze, Handschachtung o. a.) festzustellen. Die abgegebenen Pläne geben den Bestand zum Zeitpunkt der Netzauskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer aktuelle Pläne vor Ort vorliegen. Die Auskunft gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für eigene Versorgungseinrichtungen des Versorgungsunternehmens, so dass ggf. noch mit Versorgungseinrichtungen anderer Versorgungsunternehmen gerechnet werden muss, bei denen weitere Netzauskünfte eingeholt werden müssen. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus dem Plan ist nicht zulässig. Stillgelegte Versorgungseinrichtungen sind in den Plänen unter Umständen nicht dargestellt, können in der Örtlichkeit jedoch vorhanden sein. Diese Stellungnahme hat eine Gültigkeit von 2 Jahren.</p> <p>Anlagen digitale Bestandsunterlagen als PDF- und DXF-Dateien</p>	
37.	Landgesellschaft M-V GmbH Lindenallee 2a 19067 Leezen		<p>Es liegt keine Stellungnahme vor.</p>	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
38.	Autobahn des Bundes Niederlassung Nordost, Außenstelle Güstrow Krakower Chaussee 2a 18273 Güstrow/Klueß		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
39.	Deutsche Bahn AG DB-Immobilien Region Ost Caroline-Michaelis-Straße 5-11 10115 Berlin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
40.	Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis MV – Kirchenkreisverwaltung Außenstelle Neubrandenburg 2.Ringstraße 203 17033 Neubrandenburg		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
41.	Gemeinde Grapzow über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
42.	Gemeinde Brunn über Amt Neverin Dorfstraße 36 17039 Neverin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
43.	Gemeinde Neddemin über Amt Neverin Dorfstraße 36 17039 Neverin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
44.	Biogas Altentreptow GmbH & Co.KG Reuterhof 3 17087 Altentreptow	15.07.2023	Nicht betroffen.	Stellungnahme zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
1.	Amt für Raumordnung und Landesplanung Mecklenburgische Seenplatte Neustrelitzer Str. 121 17033 Neubrandenburg	05.08.2024	<p>Zu den Planungsinhalten des Bebauungsplanes Nr. 41 "Wohnbebauung Loickenzin" erfolgte zuletzt mit Schreiben vom 28.07.2023 eine landesplanerische Stellungnahme. In deren Ergebnis wurde festgestellt, dass die Planung mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar ist. Bezogen auf die aktuelle Fassung ergeben sich aus raumordnerischer Sicht keine neuen Erkenntnisse gegenüber der vorgenannten landesplanerischen Stellungnahme.</p> <p>Der 2. Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 41 "Wohnbebauung Loickenzin" der Stadt Altentreptow entspricht den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>
2.	Landkreis Mecklenburgische Seenplatte Bauamt/ Kreisplanung Bauleitplanung Zum Amtsbrink 2 17192 Waren/Müritz	28.10.2024	<p>Die Vertretung der Stadt Altentreptow hat die Aufstellung der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 41 „Wohnbebauung Loickenzin“ der Stadt Altentreptow beschlossen.</p> <p>Der hierzu erarbeitete Entwurf wurde gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.</p> <p>Im Ergebnis der im Rahmen der erneuten Behördenbeteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wurde vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung in Bezug auf § 13b BauGB eine verfahrensrechtliche Änderung bei der Planaufstellung und daraus folgend erneut eine öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB erforderlich.</p> <p>Die Änderung der Weiterführung des Planaufstellungsverfahrens zum o.g. Bebauungsplan auf Grund der aktuellen Rechtsprechung ist in den Planunterlagen ausführlich zu beschreiben.</p> <p>Zur Weiterführung des Planverfahrens im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB bestehen von Seiten des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte keine Bedenken.</p> <p>Zu dem mir vorliegenden Entwurf des o.g. Bebauungsplanes, bestehend aus Teil A – Planzeichnung, Teil B – Text sowie der Begründung (Stand: März 2024) nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p>I. Allgemeines/ Grundsätzliches</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stadt Altentreptow beabsichtigt durch Schaffung neuer Baugebiete die große Nachfrage an Wohnbaugrundstück zu decken und den demografischen Wandel entgegenzuwirken. Mit dem Bebauungsplan 41 „Wohnbebauung Loickenzin“ der Stadt Altentreptow soll planungsrechtliche Voraussetzungen geschaffen werden. 2. Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen (Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB). 	<p>Zu I. Allgemeines/ Grundsätzliches:</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Eine planungsrechtliche Stellungnahme vom 05. August 2024 liegt mir vor. Demnach entspricht der o.g. Bebauungsplan den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung.</p> <p>3. Zu den vorliegenden Planunterlagen möchte ich im Hinblick auf das weitere Aufstellungsverfahren zu o. g. Bebauungsplan auf folgende grundsätzliche planungsrechtliche Aspekte aufmerksam machen.</p> <p>3.1. Grundsätzlich ist bei der Aufstellung von Bauleitplänen auf die Umgebung zu achten. So ist aufgefallen, dass in ca. 800 m- Entfernung ein Windkraftanlagenpark errichtet worden ist. Damals wurde die Ortslage Loickenzin als Dorfgebiet eingestuft. Das geplante allgemeine Wohngebiet hat im Vergleich dazu eine geringere Immissionsgrenze nach TA-Lärm. Weiterhin ist die geplante Wohnbebauung von Reitplätzen umgeben. Demnach ist die Zuordnung nach § 4 BauNVO durch die Stadt Altentreptow zu prüfen (siehe auch Stn. Immissionschutz).</p> <p>3.2. Die Festsetzung 1.2.1 bestimmt die Pflanzung von 4 Bäumen im straßenbegleitenden Grünstreifen. Dieser Grünstreifen wurde hingegen nicht festgesetzt, sodass folglich die Festsetzung nicht umsetzbar ist.</p> <p>3.3. Grundvoraussetzung für die Zulässigkeit eines Bauvorhabens im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes nach § 30 BauGB ist die gesicherte Erschließung. Grundsätzlich gehört neben der verkehrlichen und medialen Erschließung auch der abwehrende Brandschutz dazu. Laut Aussagen in der Begründung der Stadt Altentreptow ist die Möglichkeit zur Absicherung der Löschwasserversorgung anhand des Trinkwassernetzes nicht gegeben. Geplant ist daher die Nutzung des 200m entfernten Dorfteiches. Das Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutzes des Landkreises prüfte daher die Umsetzbarkeit der ausreichenden Löschwasserversorgung. Die bereits in der ersten Beteiligung geäußerten Hinweise zur angestrebten Löschwasserversorgung über den benannten Dorfteich bleiben unverändert und werden hier noch einmal wiederholt: Nach Rücksprache mit der Freiwilligen Feuerwehr Altentreptow wird dieser nicht als Löschwasserquelle geführt und die grundsätzliche Eignung in Zweifel gezogen. Darüber hinaus beziehen sich die Angaben zur 300m Entfernung aus dem Arbeitsblatt W 405 auf die tatsächliche</p>	<p>Zu 3.1: Die Immissionschutzrechtliche Auseinandersetzung mit dem naheliegenden Windpark wird in den Satzungsunterlagen unter Pkt. 5 geführt. Die durch das StALU benannte geringfügige Überschreitung der Geräuschimmissionen erzeugt keinen unzumutbaren Konflikt zwischen den Nutzungen, da das im Rahmen des Bebauungsplans angestrebte allgemeine Wohngebiet lediglich eine städtebauliche Nachverdichtung des Planungsraumes darstellt, der bereits deutlich durch Wohnnutzung geprägt ist.</p> <p>Zu 3.2: Der Grünstreifen wird textlich festgesetzt.</p> <p>Zu 3.3: Um dem Brandschutz Rechnung zu tragen, wird unter der Wendeanlage ein unterirdischer Löschwasserbehälter installiert, der ein Fassungsvermögen von 48 m³ aufweist. Die Entnahmestelle wird in dem straßenbegleitenden Grünstreifen installiert. Entsprechende Regelungen trifft der städtebauliche Vertrag.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Lauflänge. Laut Katasterdaten sind zum Erreichen des Teiches mehrere Grundstücke zu überwinden und die Wegstrecke über die öffentlichen Verkehrsflächen liegt deutlich über 300m.</p> <p>Der Löschwasserentnahme aus dem Teich kann daher nicht zugestimmt werden. Es ist eine alternative Löschwassereinrichtung erforderlich (Bsp. Löschteich, Zisterne, Löschrinnen etc.). Die Einrichtung z.B. einer Zisterne oder eines Brunnens würde zudem auch eine Verbesserung der Löschwasserversorgung für die Bestandsbauten im Umkreis bieten.</p> <p>Aus planungsrechtlicher Sicht heißt das so viel, dass diese Löschwasserversorgung und damit der abwehrende Brandschutz zum aktuellen Zeitpunkt nicht nachgewiesen sind. Vorsorglich weise ich in diesem Zusammenhang darauf hin, dass beim Erlass eines Bebauungsplans die Gemeinde die für ein Baugebiet notwendige Erschließung (hier: Löschwasserversorgung) auf einer nachfolgenden Stufe sicherstellen muss. Lässt sich dies nicht hinreichend sicher abschätzen, führt dies zu einem Verstoß gegen das Gebot der Konfliktbewältigung und damit auf eine fehlerhafte Abwägungsentscheidung (vgl. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 19.04.2018 - 8 S 2573/15 – openjur.de)</p> <p>II. Bedenken, Anregungen und Hinweise Wasserwirtschaft</p> <p>Gegen die Bauleitplanung – wie beantragt – bestehen unter dem Gesichtspunkt des Gewässerschutzes keine Bedenken.</p> <p>Aufforderung:</p> <p>Da eine Einleitung in ein Oberflächengewässer erforderlich wird, ist eine wasserrechtliche Erlaubnis beim Landrat des LK Mecklenburgische Seenplatte als zuständige Wasserbehörde unter Beachtung der DWA - A 102 der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) zwingend vor Baubeginn zu beantragen. Mit dem Antrag sind die erforderlichen Angaben und Unterlagen zur Prüfung einzureichen (Baubeschreibung der Anlage, Bemessungsunterlagen usw.). Das Antragsformular ist auf der Internetseite des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte erhältlich.</p> <p>Es wird dringend die Errichtung von Zisternen zur Nutzung anfallender Niederschlagswässer (zur Gartenbewässerung o.Ä.) empfohlen.</p> <p>Ungeachtet dessen ist, entsprechend dem Sorgfaltsgebot des § 5 WHG, bei allen Vorhaben und Maßnahmen, mit denen Einwirkungen auf ein Gewässer (Oberflächengewässer, Grundwasser)</p>	<p>Zu II Bedenken, Anregungen und Hinweise Wasserwirtschaft:</p> <p>Eine wasserrechtliche Erlaubnis beim Landrat des LK MSE als untere Wasserbehörde ist vor Baubeginn zu beantragen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>verbunden sein können, die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt anzuwenden, um Beeinträchtigungen sicher auszuschließen. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass keine wassergefährdenden Stoffe in den Untergrund eindringen können, die zu einer Beeinträchtigung des Oberflächengewässers/Grundwassers führen könnten.</p> <p>Naturschutz und Landschaftspflege Eingriffsregelung Aufgrund der Anwendung des Verfahrens nach § 13a BauGB ist die Ausweisung von Kompensationsmaßnahmen nicht erforderlich (B-Plan der Innenentwicklung), da es keinen Eingriff in Natur und Landschaft nach § 14 Abs. 1 BNatSchG darstellt.</p> <p>Artenschutz Baufeldfreimachung Da nicht auszuschließen ist, dass von dem geplanten Vorhaben Vogelarten als Offenland- und Gehölzbrüter betroffen sind, sind der Beginn der Baufeldfreimachung sowie notwendige Gehölzrück-schnitte ausschließlich außerhalb der Vogelbrutzeit im Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 1. März zulässig. Zur Baufeldfreimachung gehört die Herrichtung der Zuwegungen, Montage-, Fundament- und BE-Flächen. Ein vorzeitiger Baubeginn ist nur dann möglich, wenn durch eine sachverständige Person nachgewiesen wird, dass zum Zeitpunkt der Vorhabenrealisierung keine Beeinträchtigung des Brutgeschehens erfolgt, ggf. sind vor Baubeginn Vergrämuungsmaßnahmen (Umbruch oder Grubbern der Fläche, Auspflocken der Fläche mit Flatterbänder, Kurzmahd der Fläche vor Baubeginn) umzusetzen.</p> <p>Reptilienschutz Zum Schutz von Reptilien (hier: Zauneidechsen) sollte die Bauzeit grundsätzlich außerhalb des Aktivitätszeitraumes, d.h. in der Zeit von Mitte September bis Ende März erfolgen.</p> <p>Insektenschutz Aufgrund der Lichtverschmutzung und der damit einhergehenden Lockwirkung auf Insekten, ist aus artenschutzrechtlicher sowie – fachlicher Sicht bei der Lichtauswahl darauf zu achten, dass in der Beleuchtung nur wenige Blauanteile enthalten sind. Empfehlenswert sind insbesondere warmweiße LEDs. Ausgestattet sind diese mit einer Farbtemperatur bis etwa 3.000 Kelvin.</p> <p>Abriss von Gebäuden</p>	<p>Zu Naturschutz und Landschaftspflege: Zu Eingriffsregelung: Kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu Artenschutz: Kein Abwägungsbedarf.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Die zum Abbruch vorgesehenen Gebäude stellen potentielle Quartiermöglichkeiten für Fledermäuse und hausbewohnende Vogelarten dar. Daher ist folgendes zu beachten: Um nicht gegen die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG beim Abriss zu verstoßen, sind die Gebäude vor Beginn der Maßnahme auf das Vorhandensein von Lebensspuren an und in den Gebäuden lebender besonders geschützter Arten zu überprüfen. Die Untersuchung hat durch Sicht- ggf. endoskopische Prüfung von Gebäudefugen und der Kellerräume auf das Vorhandensein von Fledermäusen zu erfolgen. Ferner ist zu prüfen, ob Nester gebäudebrütender Vogelarten vorhanden sind. Sind Lebensstätten besonders geschützter Arten betroffen, ist bei der unteren Naturschutzbehörde (UNB) des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte ein Antrag auf Ausnahme/Befreiung von den Verboten des § 44 Abs. 1 BNatSchG zu stellen.</p> <p>Baumschutz Gemäß § 18 NatSchAG M-V sind Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 100 cm, gemessen in einer Höhe von 1,30 Metern über dem Erdboden gesetzlich geschützt. Ausgenommen davon sind u.a. Obstbäume, mit Ausnahme von Walnuss und Esskastanie sowie Bäume in Kleingartenanlagen im Sinne des Kleingartenrechts.</p> <p>Bodenschutz/Abfallrecht Dem Planungsvorhaben stehen derzeit grundsätzliche bodenschutz- und abfallrechtliche rechtliche Belange entgegen. Anforderung: Zunächst ist eine weiterführende detaillierte Untersuchung des Plangebietes gemäß § 13 ff. Bundes-Bodenschutzverordnung (BBodSchV) erforderlich. Eine Wohnbebauung kann erst nach einer den Maßgaben der Bodenschutzgesetzes entsprechenden Sanierung in Abstimmung mit der zuständigen Altlastensanierungsbehörde dem StALU MS umgesetzt werden. Begründung: Die Stadt Altentreptow beabsichtigt mit dem B-Plan Nr. 41 auf dem Flurstück 35/11 der Flur 1, Gemarkung Loickenzin eine Wohnsiedlung zu entwickeln. Wegen der Vorbebauung dieses Grundstücks mit einer Tierhaltungsanlage ist diese Fläche als altlastenverdächtige Fläche eingestuft worden und von der unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde des Landkreises in der ersten Stellungnahme vom 10.08.2023 (Az.-Umweltamt: 1402/2023) eine</p>	<p>Zu Baumschutz: Kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu Bodenschutz/ Abfallrecht:</p> <p>Die Detailuntersuchung wird auf die Antragsebene abgeschichtet. Diese Detailuntersuchung und das darauf aufbauende Sanierungskonzept, das in Abstimmung mit dem StALU zu erstellen ist, haben jedoch vor Umsetzung des Vorhabens zu erfolgen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Gefährdungsabschätzung im Rahmen einer orientierenden Untersuchung gemäß § 12 BBodSchV gefordert worden.</p> <p>Diese orientierende Untersuchung liegt als Bericht zur Altlastenuntersuchung nach BBodSchV des Erdbaulaboratoriums Neubrandenburg GmbH vom 19.04.2024 den Planungsunterlagen bei. Die Untersuchungen des Erdbaulaboratoriums haben Überschreitungen der Vorsorgewerte nach den Tabellen in Anlage 1 der BBodSchV insbesondere für PAK ergeben.</p> <p>Mit der Untersuchung des Erdbaulaboratoriums ist der Anfangsverdacht für das Vorliegen von Altlasten bestätigt worden. Im nächsten Schritt ist zunächst eine Detailuntersuchung der Planfläche gemäß § 13 BBodSchV sowie ein daraus abzuleitendes Sanierungskonzept in Abstimmung mit der zuständigen Altlastensanierungsbehörde, dem StALU MS erforderlich.</p> <p>Ohne eine entsprechende detaillierte Untersuchung nach den Anforderungen des § 13 BBodSchV und darauffolgender abgestimmter Sanierungsmaßnahmen mit der Zielstellung einer nachfolgenden Wohnnutzung sind Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit i. S. d. § 2 Abs. 3 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) nicht auszuschließen.</p> <p>So wie die Fläche im Plangebiet derzeit steht und liegt, kann daher wegen abfall- und bodenschutzrechtlicher Belange eine Wohnnutzung auf dem Flurstück 35/11 der Flur 1 in der Gemarkung Loickenzin nicht vertreten werden.</p> <p>Hinweise: In der Begründung zur Satzung wird unter Punkt 6.3 Abfallentsorgung / Altlasten auf Seite 16 ausgeführt: „Der Boden der belasteten Sektoren mit den überschrittenen Prüfwerten nach BBodSchV Anl. 2 Tab. 4, wird als Straßenbett für die Erschließungsstraße verwendet. Der unbelastete Aushub der Erschließungsstraße dient wiederum zur Auffüllung der abgetragenen belasteten Erdschichten der Sektoren I und III.“ Diesem Ansinnen muss seitens der unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde energisch widersprochen werden. Material, das aus nachgewiesen belastetem Boden entnommen wird, ist potentiell als gefährlicher Abfall einzustufen, der zu entsorgen ist. Der Einbau von Material in technische Bauwerke ohne eine zuvor erfolgte Klassifizierung zur Feststellung einer Verwertungsfähigkeit ist rechtswidrig und stellt u.U. eine illegale Abfallentsorgung und eine Ordnungswidrigkeit dar. Auf die Entsorgung von belastetem Material wird bereits im Bericht des Erdbaulaboratoriums Neubrandenburg auf Seite 4, letzter Absatz hingewiesen:</p>	<p>Der benannte Satz wird aus der Begründung entfernt. Ein potenzieller Verwendungszweck des belasteten Materials wird erst nach der Detailuntersuchung und der Erstellung eines Sanierungskonzeptes in Abstimmung mit dem StALU benannt.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>„Aufgrund des erhöhten PAK-Gehaltes sollten die angeschütteten Erdstoffe mit wechselndem Bauschuttbesatz auf Schadstoffe nach DepV untersucht werden, um den Entsorgungsweg aufzuzeigen.“ Seit dem 01.08.2023 ist die neue Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) sowie die Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV) in Kraft und gleichzeitig die LAGA außer Kraft getreten. Für das Auf- und Einbringen von Materialien auf oder in Böden sind die Maßgaben der §§ 6 – 8 der neuen BBodSchV sowie für den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe die Anforderungen nach Abschnitt 4 der ErsatzbaustoffV zu beachten. Dem Vorhabenträger sowie dem Planungsbüro wird empfohlen die Begründung zur Satzung den geltenden rechtlichen Regelungen anzupassen.</p> <p>Immissionsschutz Gemäß § 50 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen Flächen die für bestimmte Nutzungen vorgesehen sind, einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete so weit wie möglich vermieden werden. Um Nutzungskonflikte zwischen dem geplanten Wohngebiet und den angrenzenden Flächen mit Tierhaltung zu verhindern, wäre im Planverfahren zu klären, ob es hier zu Belästigungen zwischen Wohnen und Tierhaltung, insbesondere Lärm- und Geruchsbelästigungen kommen kann.</p> <p>Gesundheitsamt Seitens des Gesundheitsamtes steht dem eingereichten Vorhaben nichts entgegen wenn die Forderungen der zuständigen Altlastensanierungsbehörde realisiert werden und der Schutz der Bevölkerung gesichert wird.</p> <p>untere Verkehrsbehörde Bei Baumaßnahmen ist der Veranlasser verpflichtet, solche Technologien anzuwenden, dass für den Verkehrsablauf die günstigste Lösung erzielt wird. Der Verkehrsablauf und die Sicherheit im Straßenverkehr besitzen gegenüber den Baumaßnahmen, die zur Einschränkung bzw. zeitweiligen Aufhebung der öffentlichen Nutzung von Straßen führen, den Vorrang. Die Grundsätze sind bereits in der Phase der Vorbereitung der Baumaßnahme zu beachten. Alle Baumaßnahmen bzw. Beeinträchtigungen, die den Straßenkörper mit seinen Nebenanlagen betreffen, sind mit dem zuständigen</p>	<p>Zu Immissionsschutz:</p> <p>Es ist zu klären, ob es zu Belästigungen zwischen Wohnen und Tierhaltung, insbesondere Lärm- und Geruchsbelästigung kommen kann. Es ist anzumerken, dass die verbliebene Landwirtschaft sich auf einen Resthof beschränkt, der südlich des Geltungsbereichs Koppeln für die Weidetierhaltung hat.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bei einer Weidetierhaltung sind die Emissionen typischerweise geringer als bei intensiver Stallhaltung. Die Tiere befinden sich im Freien, was eine natürliche Verteilung von Gerüchen und Insekten ermöglicht, ohne dass sich die Belastungen in einem geschlossenen Raum konzentrieren. • Auf offenen Weideflächen sorgt die natürliche Luftzirkulation dafür, dass Gerüche schnell abgetragen und verteilt werden. Dadurch verringert sich die Geruchsbelastung für das angrenzende Plangebiet erheblich. • Weidetiere verursachen nur geringe Lärmemissionen, da sie im Freien weder Fütterungslärm noch maschinenbedingte Geräusche verursachen, die typischerweise in einer intensiven Tierhaltung auftreten könnten. Daher ist die Geräuschbelastung für das angrenzende Wohngebiet sehr niedrig. • Weideflächen werden häufig nur während der vegetationsreichen Jahreszeiten genutzt, insbesondere im Frühling und Sommer. Im Herbst und Winter sind die Tiere oft in Stallungen untergebracht, was bedeutet, dass es zu bestimmten Zeiten des

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Straßenbaulastträger abzustimmen. Für eine notwendige Verkehrsraumeinschränkung ist zwei Wochen vor Beginn der Bauphase eine verkehrsrechtliche Anordnung gemäß § 45 Abs. 6 StVO beim Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Verkehrsangelegenheiten / Straßenverkehrsbehörde, PF 11 02 64, 17042 Neubrandenburg oder per E-Mail unter verkehrsbehoerde@lk-seenplatte.de einzuholen.</p> <p>untere Denkmalschutzbehörde Die vorliegenden Unterlagen wurden geprüft und ich kann die Vollständigkeit der Hinweise zu den Belangen der Bau- und Bodendenkmalen, aufgeführt unter 7. Denkmalschutz in der Begründung zum B-Plan, bestätigen. Zudem rege ich an, in die Liste der Rechtsgrundlagen auf der Planzeichnung das Denkmalschutzgesetz (DSchG) MV aufzunehmen.</p> <p>Aus straßenbautechnischer und -fachlicher Sicht Die Errichtung der Straße bedarf gemäß §10 StrWG MV einer Genehmigung durch die zuständige Straßenaufsichtsbehörde. Ein entsprechender Antrag ist formlos und grundsätzlich von der Gemeinde zu stellen. Von der Gemeinde ist auch die Bestätigung der Planung vorzunehmen. Eine Genehmigung bedingt als planungsrechtliche Voraussetzung die Rechtskraft des Bebauungsplanes. Die Verkehrsfläche ist in der Planzeichnung mit einer Breite von 7,00 m dargestellt. Im Straßenquerschnitt ist die Mischverkehrsfläche aufgeteilt in eine Fahrbahn mit 3,50 m und einem Gehweg mit 1,50 m Breite zuzüglich beidseitigem Grünstreifen. Gemäß der Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen RAST 06 beträgt die erforderliche Mindestbreite für die zu erwartende Begegnung von LKW und PKW ohne Einschränkungen der Bewegungsräume 5,55 m. Um dies gewährleisten zu können, sollten Aussagen zur eventuellen Überfahrbarkeit der Grünstreifen/Bankette ergänzt werden. Bei Festsetzungen zu Einfriedungen sind grundsätzlich die erforderlichen Freihaltezonen für Sichtfelder zu berücksichtigen. „Bei der Untersuchung der räumlichen Sichtverhältnisse ist die Augenhöhe eines PKW-Fahrers mit 1,0m ... über der Fahrbahn anzunehmen.“ (RASt 06) Die in der Planzeichnung dargestellten Standorte der zu pflanzenden Bäume schränken die Möglichkeiten von zum Beispiel Doppelzufahrten bei den dargestellten Parzellierungsvorschlägen ein. Da gemäß Festsetzungen 1.1.7 Carports und Garagen gem. § 12 BauNVO nur innerhalb der Baugrenzen zu errichten sind, ist anzunehmen, dass beispielsweise beim Wohnbauungsgrundstück Nr.1 diese auf Grund des Abstandes und des Versatzes</p>	<p>Jahres gar keine Belastung durch Immissionen gibt.</p> <p>Zu Gesundheitsamt: Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu untere Verkehrsbehörde: Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu untere Denkmalschutzbehörde: Das Denkmalschutzgesetz wird in die Liste der Rechtsgrundlagen aufgenommen.</p> <p>Zu aus straßenbautechnischer und-fachlicher Sicht: Das Mischverkehrsflächenkonzept verfolgt das Ziel, eine verkehrsberuhigte und flexible Nutzung der Anliegerstraße zu ermöglichen, bei der verschiedene Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer, Pkw, Lkw) den Verkehrsraum gemeinsam nutzen. Die Mischverkehrsfläche soll durch ausreichende Breite das Begegnen von PKW und LKW ermöglichen, indem beide Fahrzeuge kurzzeitig auf den Gehweg ausweichen können. Die insgesamt befahrbare Fläche beträgt 5,55 m und entspricht damit den Anforderungen der RAST 06 für die Begegnung von LKW und PKW.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>der Baugrenze eher zum Nachbargrundstück Nr.2 errichtet werden würden.</p> <p>Aus den vorliegenden Karten ist ersichtlich, dass sich an der Dorfstraße „Loickenzin“ die Bushaltestelle (HS1251) in der Nähe der Einmündung der Erschließungsstraße in das Plangebiet befindet. Es ist auszuschließen, dass die für die Schleppkurven der zu erwartenden Fahrzeuge erforderlichen Ausrundungen der Straße die Haltestelle/ Wartefläche beeinträchtigen. Anderenfalls ist rechtzeitig eine mögliche Verschiebung der Haltestelle mit den zuständigen Stellen abzustimmen.</p> <p>III. Sonstiges</p> <p>Weiterhin möchte ich zum vorliegenden 2. Entwurf der Satzung über den Bebauungsplan "Wohnbebauung Loickenzin" der Stadt Altentreptow folgende Hinweise für die Weiterentwicklung bzw. zum durchzuführenden Verfahren geben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. In der Planzeichenerklärung sollte zur Vollständigkeit auch für den räumlichen Geltungsbereich die Rechtsgrundlage angegeben werden. 2. Bei den mit Leistungsrechten zu belastenden Fläche fehlt augenscheinlich die Benennung des Begünstigten. 3. In der Begründung unter Punkt 4.2 steht, dass die Planung die Schaffung von bis zu fünf Wohnbauflächen vorsieht. In der Planzeichnung sowie in der Begründung Pkt. 1 Absatz 5 sind neun Wohnbauflächen dargestellt. 4. Bei Festsetzungen zu unterschiedlichen Abständen der Baugrenzen zum Beispiel zur Straße „Loickenzin“ sollte auch die Länge des Versatzes bemaßt werden. (Fehlende Maßketten) 5. Die Aufnahme des Satzes 2 in der Festsetzung 1.1.2 ist nicht verständlich. Der § 19 Abs. 4 BauNVO gilt grundsätzlich, wenn im Bebauungsplan nichts Anderes festgesetzt worden ist. Beachte: Grenze GRZ 0,8 Das Gleiche gilt für Stellplätze außerhalb der Baugrenzen in der Festsetzung 1.1.6. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit des Höhenbezugssystems in der Planzeichnung hinterfragt, da der Bezugspunkt die bisher noch nicht bestehende Erschließungsstraße sein soll. Unnötiges kann gestrichen werden. 6. Mit der Festsetzung 1.3.7 wurden lebende Hecken an der Grundstücksgrenze nicht ausgeschlossen. Lediglich, dass solche Hecken in einem Abstand von 0,50 m zulässig sind. Zur Verdeutlichung empfehle ich eine andere Formulierung. 7. Bei der Festsetzung der Traufhöhe sowie der Dachneigung ist die Nennung von bspw. „eingeschossiger Hauptgebäude“ zu 	<p>Die Schleppkurve eines dreiachsigen Müllfahrzeugs beim Rechtsabbiegevorgang tangiert nicht die Bushaltestelle. Die Mischverkehrsfläche ist ausreichend dimensioniert um die entsprechende Schleppkurve zu gewährleisten.</p> <p>Zu III. Sonstiges:</p> <p>Zu 1: Rechtsgrundlage für Geltungsbereich ist angegeben. Zu 2: Die Leitungsrechte werden mit dem Begünstigten benannt. Zu 3: Die Zahl wird korrigiert. Zu 4: Der entsprechende Versatz wird mit der Maßkette vermaßt. Zu 5: Die Festsetzungen die geltendes Recht wiederholen und gesondert Festsetzen, werden entfernt. Das Höhenbezugssystem wird aus der Planzeichnung entfernt. Zu 6: Formulierung ist neu gewählt. Zu 7:</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>unpräzise. Dachgeschosse sind ebenfalls Geschosse. Ich empfehle daher zur Klarheit bspw. „Die maximale Traufhöhe von Hauptgebäuden mit einem Vollgeschoss ...“</p> <p>8. Entsprechend der Begründung zum o.g. Bebauungsplan im Pkt. 4.2, Absatz 6 sollen Nebengebäude nur eingeschossig zulässig sein. Dies ergeht hingegen nicht aus einer Festsetzung und ist dadurch bei der Ausübung des Baurechtes gegenstandslos.</p> <p>9. Hinweis: Laut der o.g. Satzung werden Dachgauben bei den Wohngebäuden zugelassen. Aus Erfahrung liegt der Trend nahe, dass Häuser mit sog. Zwerchhäusern (Zwerchgauben/Zwerchgiebeln) errichtet werden. Diese Bauart stellt keine Dachgaube dar und würde aufgrund ihrer erhöhten Traufhöhe ausgeschlossen.</p> <p>10. Redaktionelle Anpassung notwendig:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Festsetzung 1.1.2; 2. Satz - das Wort „sind“ ist doppelt aufgenommen worden • Pkt. 7.1, 1. Anstrich – Von welchem vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist hier die Rede? • Pkt. 6.2 Telekommunikation – Es hat bisher keine Bebauungsplanänderung stattgefunden • Grundsätzlich ist bei der Angabe der Rechtsgrundlagen die aktuelle zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültige Fassung zu wählen. <p>11. Auf die Aktualisierung des Baugesetzbuches zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren, Rechtskraft seit dem 07.07.2023, mache ich insbesondere auf die Änderungen des § 3, Abs. 2 und 3, § 4 und 4a zur Veröffentlichungspflicht aufmerksam.</p> <p>Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sind die Entwürfe der Bauleitpläne mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen*, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes für die Dauer einer angemessenen längeren Frist im Internet zu veröffentlichen. Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet nach Satz 1 sind eine oder mehrere andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeiten, etwa durch öffentlich zugängliche Lesegeräte oder durch eine öffentliche Auslegung der in Satz 1 genannten Unterlagen, zur Verfügung zu stellen. Die nach § 4 Absatz 2 Beteiligten sollen von der Veröffentlichung im Internet auf elektronischem Weg benachrichtigt werden. Die Internetseite oder Internetadresse, unter der die in Satz 1 genannten Unterlagen eingesehen werden können, die Dauer der Veröffentlichungsfrist sowie Angaben dazu, welche Arten</p>	<p>Die Formulierung der Festsetzung wird angepasst.</p> <p>Zu 8: Eine entsprechende Festsetzung wird hinzugefügt, die die Geschosse von Nebenanlagen auf 1 begrenzt.</p> <p>Zu 9: Zwerchhäuser sind im Baugebiet nicht vorgesehen.</p> <p>Zu 10: Die redaktionellen Anpassungen werden vorgenommen.</p> <p>Zu 11: Kein Abwägungsbedarf</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind vor Beginn der Veröffentlichungsfrist ortsüblich bekannt zu machen; in der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dass Stellungnahmen während der Dauer der Veröffentlichungsfrist abgegeben werden können, 2. dass Stellungnahmen elektronisch übermittelt werden sollen, bei Bedarf aber auch auf anderem Weg abgegeben werden können, 3. dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können und 4. welche anderen leicht zu erreichenden Zugangsmöglichkeiten nach Satz 2 bestehen. <p>Der Inhalt der Bekanntmachung ist zusätzlich in das Internet einzustellen; die nach Satz 1 zu veröffentlichenden Unterlagen und der Inhalt der Bekanntmachung sind über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich zu machen. Die fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen sind zu prüfen; das Ergebnis ist mitzuteilen. Haben mehr als 50 Personen Stellungnahmen mit im Wesentlichen gleichem Inhalt abgegeben, kann die Mitteilung dadurch ersetzt werden, dass diesen Personen die Einsicht in das Ergebnis ermöglicht wird; die Stelle, bei der das Ergebnis der Prüfung während der Dienststunden eingesehen werden kann, ist ortsüblich und über das Internet bekannt zu machen. Bei der Vorlage der Bauleitpläne nach § 6 oder § 10 Absatz 2 sind die nicht berücksichtigten Stellungnahmen mit einer Stellungnahme der Gemeinde beizufügen.</p> <p>*Wesentliche Stellungnahmen sind u.a. die der Behörden und anerkannten Naturschutzverbänden.</p> <p>Im Rahmen der Bekanntmachung ist weiterhin anzugeben, welche Arten umweltbezogener Informationen ausgelegt werden.</p> <p>Dies erfordert eine schlagwortartige Zusammenfassung und Charakterisierung derjenigen Umweltinformationen, die u.a. in den verfügbaren Stellungnahmen behandelt werden.</p> <p>Die Informationen sollen der Öffentlichkeit eine erste inhaltliche Einschätzung darüber ermöglichen, ob durch die Planung weitere, von den verfügbaren Stellungnahmen nicht abgedeckte Umweltbelange berührt werden, denen sie durch eigene Stellungnahmen Gehör verschaffen will.</p> <p>Eine bloße Auflistung der verfügbaren Stellungnahmen einzelner Träger öffentlicher Belange ohne inhaltliche Charakterisierung verfehlt diese Anstoßwirkung.</p>	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Sofern zum Zeitpunkt der Bekanntmachung noch keine wesentlichen umweltrelevanten Stellungnahmen oder andere Informationen vorliegen, ist dazu ebenfalls eine entsprechende Aussage zu treffen.</p> <p>Es ist zwar unbeachtlich, wenn im Auslegungsverfahren bei der gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgeschriebenen Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, einzelne Angaben gefehlt haben. Das schlichte Unterlassen dieser Angaben bleibt jedoch ein beachtlicher Fehler gemäß § 214 BauGB, was zur Unwirksamkeit des Bebauungsplans führt.</p> <p>Der § 4 zur Behördenbeteiligung ist wie folgt neu gefasst:</p> <p>(1) Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind entsprechend § 3 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 1 zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 aufzufordern. Hieran schließt sich das Verfahren nach Absatz 2 auch an, wenn die Äußerung zu einer Änderung der Planung führt.</p> <p>(2) Die Gemeinde holt die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zum Planentwurf und zur Begründung ein. Die Bereitstellung der Unterlagen sowie die Mitteilung hierüber sollen elektronisch erfolgen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange haben ihre Stellungnahmen innerhalb eines Monats abzugeben, wobei jedoch die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen 30 Tage nicht unterschreiten darf; die Gemeinde soll diese Frist bei Vorliegen eines wichtigen Grundes angemessen verlängern. Die Stellungnahmen sollen elektronisch übermittelt werden. In den Stellungnahmen sollen sich die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf ihren Aufgabenbereich beschränken; sie haben auch Aufschluss über von ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen sowie deren zeitliche Abwicklung zu geben, die für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung des Gebiets bedeutsam sein können. Verfügen sie über Informationen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind, haben sie diese Informationen der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.</p> <p>(3) Nach Abschluss des Verfahrens zur Aufstellung des Bauleitplans unterrichten die Behörden die Gemeinde, sofern nach den ihnen vorliegenden Erkenntnissen die Durchführung des Bauleitplans erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt hat.</p>	

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Der § 4 a BauGB hat folgenden neuen Inhalt:</p> <p>(1) Die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung dienen insbesondere der vollständigen Ermittlung und zutreffenden Bewertung der von der Planung berührten Belange und der Information der Öffentlichkeit.</p> <p>(2) Die Unterrichtung nach § 3 Absatz 1 kann gleichzeitig mit der Unterrichtung nach § 4 Absatz 1, die Veröffentlichung im Internet nach § 3 Absatz 2 kann gleichzeitig mit der Einholung der Stellungnahmen nach § 4 Absatz 2 durchgeführt werden.</p> <p>(3) Wird der Entwurf des Bauleitplans nach dem Verfahren nach § 3 Absatz 2 oder § 4 Absatz 2 geändert oder ergänzt, ist er erneut nach § 3 Absatz 2 im Internet zu veröffentlichen und sind die Stellungnahmen erneut einzuholen, es sei denn, die Änderung oder Ergänzung führt offensichtlich nicht zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung von Belangen. Ist der Entwurf des Bauleitplans erneut zu veröffentlichen, ist in Bezug auf die Änderung oder Ergänzung und ihre möglichen Auswirkungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben; hierauf ist in der erneuten Bekanntmachung nach § 3 Absatz 2 Satz 4 hinzuweisen. Die Dauer der Veröffentlichungsfrist im Internet und der Frist zur Stellungnahme soll angemessen verkürzt werden. Werden durch die Änderung oder Ergänzung des Entwurfs des Bauleitplans die Grundzüge der Planung nicht berührt, soll die Einholung der Stellungnahmen auf die von der Änderung oder Ergänzung betroffene Öffentlichkeit sowie die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschränkt werden, es sei denn, diese Beschränkung führt nach Einschätzung der Gemeinde zu einer längeren Verfahrensdauer.</p> <p>(4) Bei Bauleitplänen, die erhebliche Auswirkungen auf Nachbarstaaten haben können, sind die Gemeinden und Behörden des Nachbarstaates nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit zu unterrichten. Abweichend von Satz 1 ist bei Bauleitplänen, die erhebliche Umweltauswirkungen auf einen anderen Staat haben können, dieser nach den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu beteiligen; für die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Behörden des anderen Staates, einschließlich der Rechtsfolgen nicht rechtzeitig abgegebener Stellungnahmen, sind abweichend von den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung die Vorschriften dieses Gesetzbuchs entsprechend anzuwenden.</p> <p>Ist bei Bauleitplänen eine grenzüberschreitende Beteiligung nach Satz 2 erforderlich, ist hierauf bei der Bekanntmachung nach § 3 Absatz 2 Satz 4 hinzuweisen.</p> <p>(5) Stellungnahmen, die im Verfahren der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nicht rechtzeitig abgegeben worden sind,</p>	

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben, sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplans nicht von Bedeutung ist. Satz 1 gilt für in der Öffentlichkeitsbeteiligung abgegebene Stellungnahmen nur, wenn darauf in der Bekanntmachung nach § 3 Absatz 2 Satz 4 zur Öffentlichkeitsbeteiligung hingewiesen worden ist.</p> <p>(6) Die Digitalisierung des Bauleitplanverfahrens richtet sich im Übrigen nach den Beschlüssen des IT-Planungsrats zur Festsetzung von IT-Interoperabilitäts- und IT-Sicherheitsstandards sowie den Vorgaben des Online-Zugangsgesetzes, soweit die Beschlüsse und die Vorgaben für die Gemeinden verbindlich sind.</p>	
3.	<p>Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte Neustrelitzer Str. 120 17033 Neubrandenburg</p>	21.08.2024	<p>1. Naturschutz, Wasser und Boden</p> <p>A) Im Hinblick auf Altlastensanierungsmaßnahmen Gemäß den vorliegenden Informationen gehören die vom Bebauungsplan beeinflussten Flurstücke zu der Altlast „Stallanlage Loickenzin“ (Kennziffer des digitalen Altlastenkataster AS_Z_71_0006). Dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte (StALU MS) sind keine Sicherungsmaßnahmen bekannt, um eine Ausbreitung von Kontaminationen zu verhindern. Derzeit ist für diesen Standort keinerlei Altlastensanierung geplant oder in Durchführung. Es liegen auch keine Unterlagen zu einer abgeschlossenen Altlastensanierung auf dem Gelände vor.</p> <p>Im Hinblick auf das geplante Vorhaben und der Altlastensituation auf dem Gelände einer ehemaligen Stallanlage sind folgende Auflagen vor der Umsetzung des Vorhabens erforderlich:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Es ist eine Detailuntersuchung durchzuführen, welche vorab mit dem StALU MS, Ansprechpartner Herr Brüning, Tel. Nr. 0385 58869423 abzustimmen ist. 2. Für die ggf. erforderlichen Erdarbeiten ist ein Arbeits- und Sicherheitsplan nach DGUV 101-004 für Arbeiten im kontaminierten Bereich zu erstellen. 3. Bei Erdarbeiten aufgeschlossener kontaminierter Boden bzw. Lockergestein ist vollständig nach Ersatzbaustoffverordnung zu beproben, verwerten und entsorgen. <p><u>Begründung</u> Da bei der altlastenorientierten Bodenuntersuchung festgestellt wurde, dass die in der der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) Anhang 2 festgelegten Prüfwerte erreicht bzw. überschritten sind, muss durch eine Detailuntersuchung das Gefahrenpotential für die Wirkungspfade abgeschätzt werden.</p>	<p>Zu 1. Naturschutz, Wasser und Boden Die Stellungnahme wird berücksichtigt.</p> <p>Es ist eine Detailuntersuchung durchzuführen. (In Anlehnung an § 13 der BBodSchV) um das Gefahrenpotential für die Wirkungspfade abzuschätzen.</p> <p>Die Detailuntersuchung wird auf die Antragsebene abgeschichtet. Diese Detailuntersuchung und das darauf aufbauende Sanierungskonzept, haben jedoch vor Umsetzung des Vorhabens zu erfolgen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Gegebenenfalls sind Sanierungsmaßnahmen umzusetzen, welche dem geplanten Nutzungskonzept entsprechen.</p> <p>An solchen Standorten ist im Baubereich mit Kontaminationen unterschiedlichster Art zu rechnen. Durch die oft unzureichende Abdeckung und der schlechten Informationslage kann auch keine Aussage über sichere Arbeitsbereiche im Tiefbau getätigt werden. Daher ist ein gefahrloses Arbeiten in diesem Bereich nicht möglich. Die erhöhten Werte für PAK bzw. Benzo(a)pyren, aber auch die erhöhten Werte für MKW C10-C40 lassen keinen Zweifel an kontaminierten Boden zu. Für ein Wohngebiet sind die Prüfwerte aus Anhang 2 Tabelle 4 der BBodSchV überschritten.</p> <p>Bei der Detailuntersuchung sind die Bereiche der Kontaminationen einzugrenzen. Zudem sollten die Parameter erweitert werden. Neben den Bodenproben, sollte zudem der Wirkungspfad Boden-Grundwasser analysiert werden. Neben den Schwermetallen Arsen, Blei, Cadmium, Chrom, Kobalt und Nickel sollten die Proben auch auf BTEX und MTBE untersucht werden. Zudem sollten NSO-Heterozyklen in die Detailuntersuchung aufgenommen werden, da diese oft mit PAK's auftreten. Erst nach der Detailuntersuchung kann und darf über geeignete Maßnahmen einer Sanierungsmethodik entschieden werden.</p> <p>Das StALU MS ist nach § 14 Absatz 4 Punkt 3 Landesbodenschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern (LBodSchG M-V) zuständig für die Anordnung der notwendigen Maßnahmen zur Sanierung von und der notwendigen Schutz- und Beschränkungsmaßnahmen für Altlasten. Daraus ergeben sich die vorangegangenen Auflagen, welche sich zudem nach der BBodSchV § 10 Absatz 1 (Vorsorgeanforderungen) richten.</p> <p><u>Hinweise</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das StALU MS weist darauf hin, dass es im Bereich des Flächennutzungsplanes zur Erschließung von Kontaminationsbereichen im Rahmen der Bautätigkeiten kommen kann. Folgende Schadstoffgruppen wären standorttypisch, MKW, PAK, BTEX, LHKW, Asbest, anorganische Komponenten wie Chrom, Blei, Cadmium, Arsen, Bor, Ammonium, Nitrat, Kalium und Natrium. Im Rahmen der altlastenorientierenden Voruntersuchung wäre es sinnvoll die Bereiche nach bodenschutzgesetzrelevantem Parameter zu untersuchen. 2. Bei einer Neubebauung ist ggf. vorher eine Altlastensanierung notwendig, welche den im Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) und der BBodSchV 	<p>Bei der Detailuntersuchung sind die Bereiche der Kontaminationen einzugrenzen.</p> <p>Außerdem ist der Wirkungspfad Boden-Grundwasser zu analysieren.</p> <p>Neben den Schwermetallen Arsen, Blei, Cadmium, Chrom, Kobalt und Nickel sollten die Proben auch auf BTEX und MTBE untersucht werden. Zudem sollten NSO-Heterozyklen in die Detailuntersuchung aufgenommen werden.</p> <p>Erst nach der Detailuntersuchung kann und darf über geeignete Maßnahmen einer Sanierungsmethodik entschieden werden.</p> <p>Das StALU MS ist zuständig für die Anordnung der notwendigen Maßnahmen zur Sanierung von und der notwendigen Schutz- und Beschränkungsmaßnahmen für Altlasten.</p> <p>Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>festgesetzten Anforderungen für das geplante zukünftige Nutzungskonzept entspricht.</p> <p>3. Sollte eine Sanierung bereits teilweise bzw. vollständig durchgeführt worden sein, sind dem StALU MS sämtliche Unterlagen und Nachweise umgehend nachzureichen. Es behält sich das Recht vor diese Unterlagen zu überprüfen und gegebenenfalls weitere erforderliche Schritte in die Wege zu leiten.</p> <p>4. Das StALU MS ist bei Sanierungsvorhaben als zuständige Behörde rechtzeitig einzubinden.</p> <p>5. Zudem weist das StALU MS darauf hin, dass die Auflagen auch bestehen bleiben, sollte sich gegen die Bebauung des Geländes entschieden werden oder ein anderes Nutzungskonzept für die Flurstücke erstellt werden.</p> <p>2. Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft Klimaschutz</p> <p>Bauleitplanung und insbesondere mit ihr einhergehende Flächenversiegelung sowie Generierung von zusätzlichem Individualverkehr ist klimarelevant (vgl. Groß, Klimaschutz als Kommunale Pflicht, NordÖR 2022, 557). 8 13 Klimaschutzgesetz bzw. § 1a Abs. 5 Baugesetzbuch ist daher in das Planungsermessen der Gemeinde einzustellen, wobei zunächst die konkreten (auch mikroklimatischen — insb. höhere Umgebungstemperaturen durch Versiegelung) und sodann - überschlägig — die globalen Auswirkungen zu ermitteln sind, was grundsätzlich auch erkannt wurde.</p> <p>Allerdings verhält sich die Planung zu Fragen des Klimaschutzes nur unvollständig, da die klimaschädlichen Folgen der Zunahme motorisierten Individualverkehrs unberücksichtigt geblieben sind. Darüber hinaus verkennt die Planung die Bedeutung unversiegelter Flächen, indem diesen lediglich eine klimatisch untergeordnete Bedeutung beigemessen wird. Soweit der durch die Versiegelung zu erwartenden Erwärmung durch Neupflanzungen begegnet werden soll, ist hier anzumerken, dass die temperatursenkende Wirkung von jungen Bäumen kaum messbar ist. Positiv zu beurteilen ist hingegen, die planerische Möglichkeit der Begrünung von Dachflächen, wobei eine verpflichtende Regelung (ggf. auch PVA) klimaschädlichen Effekten verlässlicher entgegenwirken könnte.</p> <p>Es ergeht insoweit der Hinweis, dass der Planungsentwurf zur Vermeidung der Rechtswidrigkeit entsprechend überarbeitet bzw. ergänzt werden sollte.</p> <p>Für Fragen steht Ihnen Herr Reimann (0385-588 69 500) zur Verfügung.</p>	<p>Zu 2. Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft Klimaschutz</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme weist auf wichtige Aspekte des Klimaschutzes hin, insbesondere die Relevanz von Versiegelung, Individualverkehr und Begrünung. Diese Aspekte wurden jedoch bereits in die Planung aufgenommen und angemessen berücksichtigt. Das Plangebiet befindet sich innerhalb eines bestehenden Siedlungskörpers und die Nutzung einer innerstädtischen Brachfläche stellt eine sinnvolle Maßnahme der Nachverdichtung dar, die insgesamt zu einer Reduzierung des Flächenverbrauchs im Außenbereich und damit zu einer positiven Klimabilanz führt.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			Andere Belange in der Zuständigkeit des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte sind nicht betroffen.	
4.	Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V Abt. Arbeitsschutz und technische Sicherheit Neustrelitzer Straße 120 17033 Neubrandenburg		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
5.	Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege M-V Domhof 4/5 19055 Schwerin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
6.	Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V Goldberger Straße 12 b 18273 Güstrow	19.08.2024	<p>Abteilung Immissionsschutz und Abfallwirtschaft (Abteilung 5)</p> <p>Aus Sicht des Lärmschutzes wird nachfolgend Stellung genommen. Grundlage der Prüfung bilden folgende Unterlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Satzung der Stadt Altentreptow über den Bebauungsplan Nr. 41 "Wohnbebauung Loickenzin", 2. Entwurf vom März 2024 - Begründung zur Satzung der Stadt Altentreptow über den Bebauungsplan Nr. 41 "Wohnbebauung Loickenzin", 2. Entwurf vom März 2024 <p>Der Planer bezieht sich in seiner Einschätzung, inwieweit das Vorhabengebiet Immissionen durch den Betrieb bestehender/geplanter Windenergieanlagen (WEA) ausgesetzt wird auf die Stellungnahme des LUNG aus Dezember 2023.</p> <p>Dabei wird eine Passage benutzt, die aus dem Kontext gerissen wurde. Letztlich kann nicht stehen bleiben, dass in [2] die Aussage getroffen wird, dass der Immissionsrichtwert (IRW) „nachts“ am Immissionsort (IO) „Loickenzin Nr. 02“ derzeit lediglich in zulässiger Weise überschritten wird. Dies galt zu keinem Zeitpunkt seit Beteiligung des LUNG in Genehmigungsverfahren.</p> <p>Der Vergleich mit dem Vorhabengebiet ist darüber hinaus nicht zielführend, sollen doch für das Plangebiet die IRW für allgemeine Wohngebiete i. S. von Nr. 6.1e) TA Lärm gelten. Dem IO „Loickenzin Nr. 02“ kommt dagegen „nur“ die Schutzwürdigkeit eines Kern-, Dorf-, Mischgebietes i. S. von Nr. 6.1 d) TA Lärm zu, in dem die gebietsspezifischen IRW jeweils 5 dB(A) höher liegen. Es ist daher in jedem Fall davon auszugehen, dass die IRW „nachts“ im</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt.</p> <p>Die Begründung wird korrigiert, um die Stellungnahme des LUNG richtig darzustellen. Falsche Annahmen über die Einhaltung der Lärmgrenzwerte werden revidiert, und die tatsächliche Lärmsituation wird korrekt reflektiert.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			Vorhabengebiet bereits durch die Immissionsbeiträge der bestehenden und geplanten WEA nicht eingehalten werden. Das LUNG stimmt den Planungsabsichten der Gemeinde mit Verweis auf die 1. Stellungnahme des LUNG aus Dezember 2023 weiterhin nicht zu.	
7.	Landesamt für innere Verwaltung M-V Amt für Geoinformation, Vermessung und Katasterwesen Postfach 120135 19018 Schwerin	17.07.2024	In dem von Ihnen angegebenen Bereich befinden sich keine Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagennetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Beachten Sie dennoch für weitere Planungen und Vorhaben die Informationen im Merkblatt über die Bedeutung und Erhaltung der Festpunkte (Anlage). Bitte beteiligen Sie auch die jeweiligen Landkreise und kreisfreien Städte als zuständige Vermessungs- und Katasterbehörden, da diese im Rahmen von Liegenschaftsvermessungen das Aufnahmepunktfeld aufbauen. Aufnahmepunkte sind ebenfalls zu schätzen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
8.	Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei Brand- und Katastrophenschutz MV Graf-Yorck-Straße 6 19061 Schwerin	26.07.2024	Aufgrund des örtlich begrenzten Umfangs Ihrer Maßnahme und fehlender Landesrelevanz ist das LPBK M-V als obere Landesbehörde nicht zuständig. Bitte wenden Sie sich bezüglich der öffentlichen Belange Brand- und Katastrophenschutz an den als untere Verwaltungsstufe örtlich zuständigen Landkreis bzw. zuständige kreisfreie Stadt. Außerhalb der öffentlichen Belange wird darauf hingewiesen, dass in Mecklenburg-Vorpommern Munitionsfunde nicht auszuschließen sind. Gemäß § 52 LBauO ist der Bauherr für die Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften verantwortlich. Insbesondere wird auf die allgemeinen Pflichten als Bauherr hingewiesen, Gefährdungen für auf der Baustelle arbeitende Personen so weit wie möglich auszuschließen. Dazu kann auch die Pflicht gehören, vor Baubeginn Erkundungen über eine mögliche Kampfmittelbelastung des Baufeldes einzuholen. Konkrete und aktuelle Angaben über die Kampfmittelbelastung (Kampfmittelbelastungsauskunft) der in Rede stehenden Fläche erhalten Sie gebührenpflichtig beim Munitionsbergungsdienst des LPBK M-V. Auf unserer Homepage www.brand-kats-mv.de finden Sie unter „Munitionsbergungsdienst“ das Antragsformular sowie ein Merkblatt über die notwendigen Angaben. Ein entsprechendes Auskunftsersuchen wird rechtzeitig vor Bauausführung empfohlen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
9.	Landesforstanstalt M-V Forstamt Neubrandenburg Oelmühlenstraße 3 17033 Neubrandenburg	26.07.2024	Hierzu nehme ich für den Geltungsbereich des LWaldG M-V ¹ wie folgt Stellung: Forstliche Belange werden nicht berührt. <u>Begründung:</u> Gemäß § 2 LWaldG ist Wald jede mit Waldgehölzen bestockte Grundfläche unabhängig von Regelmäßigkeit und Art der Entstehung. Waldgehölze sind alle Waldbaum- und Waldstraucharten. In der Regel ist Wald ein zusammenhängender Bewuchs mit Waldgehölzen mit einer Mindestflächengröße von 2.000 m ² , einer mittleren Breite von 25 Metern und einer mittleren Höhe von 1,5 Metern oder einem Alter von 6 Jahren. Bei der Errichtung baulicher Anlagen ist nach § 1 der WAbstVO ² in Verbindung mit § 20 Abs. 1 Satz 1 des LWaldG M-V ein Abstand von 30 Metern (Waldabstand) von einer baulichen Anlage bis zur Waldgrenze einzuhalten. Dieser wird in Fällen des § 2, Absatz 1 Satz 1 des LWaldG M-V von der Traufkante gebildet. Der nächstgelegene Wald im Sinne des § 2 LWaldG m-V ist etwa 150 Meter entfernt. Forstliche Belange werden aufgrund dessen nicht berührt. Anlagen: Übersichtskarte	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
10.	Bergamt Stralsund Frankendamm 17 18439 Stralsund	12.08.2024	Die von Ihnen zur Stellungnahme eingereichte Maßnahme 2. Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 41 „Wohnbebauung Loickenzin“ der Stadt Altentreptow berührt keine bergbaulichen Belange nach Bundesberggesetz (BBergG) sowie keine Belange nach Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in der Zuständigkeit des Bergamtes Stralsund. Für den Bereich der o.g. Maßnahme liegen zurzeit keine Bergbauberechtigungen oder Anträge auf Erteilung von Bergbauberechtigungen vor. Aus Sicht der vom Bergamt Stralsund zu wahrenen Belange werden keine Einwände oder ergänzenden Anregungen vorgebracht.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
11.	Straßenbauamt Neustrelitz Hertelstraße 8 17235 Neustrelitz	18.07.2024	Der Geltungsbereich des B-Planes liegt nicht an einer Bundes- oder Landesstraße, so dass die Zuständigkeit des Straßenbauamtes Neustrelitz nicht berührt wird. Geplant ist die Schaffung planungsrechtlicher Voraussetzung für die Ausweisung von Wohnbaugrundstücken in Loickenzin. Verkehrstechnisch erschlossen wird der Geltungsbereich über die gemeindliche Straße „Dorfstraße“, die an die Landesstraße L 27 im Abschnitt 65 an km 2,271 anbindet.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Ich gehe davon aus, dass im Rahmen dieser Änderung immissionschutzrechtliche Vorgaben entsprechend gesetzlicher Vorschriften ausreichend Berücksichtigung finden.</p> <p>Somit ist auszuschließen, dass gegenüber der Straßenbaubehörde immissionsschutzrechtliche Ansprüche bzw. Forderungen geltend gemacht werden.</p> <p>Insofern gibt es seitens der Straßenbauverwaltung keine Bedenken zum dem Bebauungsplan Stand März 2024.</p>	
12.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3 Postfach 2963 53019 Bonn	07.08.2024	<p>Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>
13.	Deutsche Telekom Technik GmbH Am Rowaer Forst 1 17094 Burg Stargard	22.07.2024	<p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Deutschen Telekom AG, deren Lage aus beiliegenden Bestandsunterlagen zu entnehmen ist.</p> <p>Die Errichtung neuer Telekommunikationslinien durch die Telekom ist zurzeit nicht geplant.</p> <p>Vorbehaltlich einer internen Wirtschaftlichkeitsprüfung sind wir an der koordinierten Erschließung des B-Plan interessiert. Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p> <p>Bezüglich konkreterer Informationen zu Ihrem Projekt, sowie vertraglichen Aspekten wird Herr Köhnke, Projektmanager Neubaugebiete, mit Ihnen in Kontakt treten. E-Mail: f.koehnke@telekom.de</p> <p>Den Abschluss einer entsprechenden Erschließungsvereinbarung sehen wir in der Regel als notwendig an.</p> <p>Wir bitten bei weiteren Planungen sicherzustellen, dass die vorhandenen TK-Linien möglichst unverändert in ihrer jetzigen Lage ohne Überbauung verbleiben können. Geländeänderungen im Bereich unserer Trassen (z.B. Höhenprofiländerungen) müssen in jedem Falle mit uns abgestimmt werden. Bei Freilegung der Telekommunikationslinien während der Baumaßnahme sind diese durch geeignete Maßnahmen zu schützen und zu sichern (z. B. durch Halbrohre).</p> <p>Unsere Leitungen sind in der Regel mit einer Überdeckung von ca. 60 cm Innerorts, bis zu 90 cm außerorts, verlegt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag																																																								
			<p>Eine abweichende Tiefenlage ist wegen Kreuzungen anderer Anlagen, infolge nachträglicher Veränderung der Deckung durch Straßenumbauten u. dgl. und aus anderen Gründen möglich.</p> <p>Sollten Sicherungs- bzw. Verlegemaßnahmen erforderlich sein, so sind diese rechtzeitig bei unserem Auftragseingang unter der nachfolgenden E-Mail-Adresse zu beantragen, damit für die Prüfung der Kostentragungspflicht und ggf. Erstellung der vertraglichen Regelungen ein angemessener Zeitraum zur Verfügung steht: T-NL-Ost-PTI-23-FS@telekom.de.</p>																																																									
14.	e.dis Netz GmbH Langewahler Straße 60 15517 Fürstenwalde/ Spree	16.07.2024	<p>Anbei übersenden wir Ihnen die gewünschte Spartenauskunft. Im Bereich Ihrer Spartenanfrage befinden sich Versorgungsanlagen der E.DIS Netz GmbH.</p> <p>Das rot umrandete Gebiet auf den Plänen stellt den Anfragebereich dar.</p> <p>Folgende Planauszüge und sonstige Dokumente wurden übergeben:</p> <table border="1" data-bbox="707 734 1525 1197"> <thead> <tr> <th data-bbox="707 734 996 821">Sparte</th> <th data-bbox="996 734 1120 821">Spartenpläne ausgegeben</th> <th data-bbox="1120 734 1243 821">Sicherheitsrel. Einbauten</th> <th data-bbox="1243 734 1355 821">Sperrflächen</th> <th data-bbox="1355 734 1525 821">Leerauskunft</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="707 821 996 853">Gas:</td> <td data-bbox="996 821 1120 853">☐</td> <td data-bbox="1120 821 1243 853">☐</td> <td data-bbox="1243 821 1355 853">☐</td> <td data-bbox="1355 821 1525 853">☒</td> </tr> <tr> <td data-bbox="707 853 996 885">Strom-BEL:</td> <td data-bbox="996 853 1120 885">☒</td> <td data-bbox="1120 853 1243 885">☐</td> <td data-bbox="1243 853 1355 885">☐</td> <td data-bbox="1355 853 1525 885">☐</td> </tr> <tr> <td data-bbox="707 885 996 917">Strom-NS:</td> <td data-bbox="996 885 1120 917">☒</td> <td data-bbox="1120 885 1243 917">☐</td> <td data-bbox="1243 885 1355 917">☐</td> <td data-bbox="1355 885 1525 917">☐</td> </tr> <tr> <td data-bbox="707 917 996 949">Strom-MS:</td> <td data-bbox="996 917 1120 949">☒</td> <td data-bbox="1120 917 1243 949">☐</td> <td data-bbox="1243 917 1355 949">☐</td> <td data-bbox="1355 917 1525 949">☐</td> </tr> <tr> <td data-bbox="707 949 996 981">Strom-HS:</td> <td data-bbox="996 949 1120 981">☐</td> <td data-bbox="1120 949 1243 981">☐</td> <td data-bbox="1243 949 1355 981">☐</td> <td data-bbox="1355 949 1525 981">☒</td> </tr> <tr> <td data-bbox="707 981 996 1013">Telekommunikation:</td> <td data-bbox="996 981 1120 1013">☐</td> <td data-bbox="1120 981 1243 1013">☐</td> <td data-bbox="1243 981 1355 1013">☐</td> <td data-bbox="1355 981 1525 1013">☒</td> </tr> <tr> <td data-bbox="707 1013 996 1045">Fernwärme:</td> <td data-bbox="996 1013 1120 1045">☐</td> <td data-bbox="1120 1013 1243 1045">☐</td> <td data-bbox="1243 1013 1355 1045">☐</td> <td data-bbox="1355 1013 1525 1045">☒</td> </tr> </tbody> </table> <table border="1" data-bbox="707 1069 1525 1197"> <thead> <tr> <th colspan="4" data-bbox="707 1069 1525 1101">Dokumente</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="707 1101 996 1133">Indexplan:</td> <td data-bbox="996 1101 1120 1133">☒</td> <td data-bbox="1120 1101 1355 1133">Vermessungsdaten:</td> <td data-bbox="1355 1101 1525 1133">☒</td> </tr> <tr> <td data-bbox="707 1133 996 1165">Gesamtmedienplan:</td> <td data-bbox="996 1133 1120 1165">☒</td> <td data-bbox="1120 1133 1355 1165">Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen:</td> <td data-bbox="1355 1133 1525 1165">☒</td> </tr> <tr> <td data-bbox="707 1165 996 1197">Skizze:</td> <td data-bbox="996 1165 1120 1197">☐</td> <td data-bbox="1120 1165 1355 1197"></td> <td data-bbox="1355 1165 1525 1197"></td> </tr> </tbody> </table> <p>Bitte beachten Sie hierzu die Bestätigung über erfolgte Planauskunft / Einweisung, insbesondere die Informationen zu 'Örtliche Einweisung / Ansprechpartner' auf Seite 3, die 'Besonderen Hinweise' auf Seite 4, das Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen und die beigefügten Pläne.</p> <p>Weitere besondere Hinweise: keine</p>	Sparte	Spartenpläne ausgegeben	Sicherheitsrel. Einbauten	Sperrflächen	Leerauskunft	Gas:	☐	☐	☐	☒	Strom-BEL:	☒	☐	☐	☐	Strom-NS:	☒	☐	☐	☐	Strom-MS:	☒	☐	☐	☐	Strom-HS:	☐	☐	☐	☒	Telekommunikation:	☐	☐	☐	☒	Fernwärme:	☐	☐	☐	☒	Dokumente				Indexplan:	☒	Vermessungsdaten:	☒	Gesamtmedienplan:	☒	Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen:	☒	Skizze:	☐			<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>
Sparte	Spartenpläne ausgegeben	Sicherheitsrel. Einbauten	Sperrflächen	Leerauskunft																																																								
Gas:	☐	☐	☐	☒																																																								
Strom-BEL:	☒	☐	☐	☐																																																								
Strom-NS:	☒	☐	☐	☐																																																								
Strom-MS:	☒	☐	☐	☐																																																								
Strom-HS:	☐	☐	☐	☒																																																								
Telekommunikation:	☐	☐	☐	☒																																																								
Fernwärme:	☐	☐	☐	☒																																																								
Dokumente																																																												
Indexplan:	☒	Vermessungsdaten:	☒																																																									
Gesamtmedienplan:	☒	Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen:	☒																																																									
Skizze:	☐																																																											
15.	GDMcom Maximilianallee 4 04129 Leipzig	29.07.2024	LAO: Nicht betroffen.	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>																																																								

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
16.	GASCADE Gastransport GmbH Kölnische Straße 108-112 34119 Kassel	29.07.2024	LAO: Nicht betroffen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
17.	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH Eckdrift 81 19061 Schwerin	13.08.2024	<u>Stellungnahme S01390548</u> Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. <u>Stellungnahme S01390549</u> Eine Ausbauentscheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung: Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 90449 Nürnberg Neubaugebiete.de@vodafone.com Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
18.	50Hertz Transmission GmbH Heidestraße 2 10557 Berlin	16.07.2024	Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden. Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
19.	IHK Neubrandenburg Postfach 110253 17033 Neubrandenburg	19.08.2024	Nach Prüfung der Unterlagen gibt es aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern keine Bedenken bzw. Hinweise zum vorliegenden Planungsstand.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
20.	Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern Friedrich-Engels-Ring 11 17033 Neubrandenburg		Es liegt keine Stellungnahme vor.	

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
21.	Wasser- und Bodenverband „Untere Tollense / Mittlere Peene“ Anklamer Straße 10 17126 Jarmen	18.07.2024	<p>Seitens des Verbandes werden zum o.g. B-Plan nachfolgende Hinweise gegeben, bzw. Forderungen erhoben, da sich gemäß erneuerten Planunterlagen zwar kein Gewässer 2. Ordnung direkt im Geltungsbereich befindet, jedoch möglicherweise als Vorflutleitung dienen soll.</p> <p>Grundsätzlich fordern wir als Wasser- und Bodenverband, dass mögliche Gewässerkreuzungen mindestens 1,5 m unterhalb der Graben- oder Rohrsohle erfolgen müssen. Ebenfalls einzuhalten ist ein beidseitiger, bebauungsfreier und unbepflanzter Korridor an Gewässern von mindestens 7-10 m. Ein mögliches Vorhandensein von Dränageleitungen ist bei den jeweiligen Flächeneigentümern in Erfahrung zu bringen. Sollte zukünftig eine Gewässerbenutzung in Form einer Einleitung notwendig werden, so ist diese gesondert zu beantragen. Ein exakter Einleitpunkt und eine Einleitmenge sind zu benennen. Gegebenenfalls ist eine Einleitung nur in gedrosselter Form möglich. Die hydraulische Leistungsfähigkeit der gesamten Vorflutleitung ist dabei zu berücksichtigen und vom Verursacher nachzuweisen. Weiterhin sind die Vorgaben der DWA-A 102 in der Planung zu beachten. Sollte der Planentwurf in einem für den WBV relevanten Umfang geändert werden, so ist unser Verband erneut zu beteiligen. Diese Stellungnahme stellt keine Erlaubnis im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes dar. Sie kann jedoch zu deren Genehmigung bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises mit herangezogen werden.</p> <p>Übersichtskarte M 1:2.500_Gew. 2. Ordnung Bereich Loickenzin</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>
22.	Gesellschaft für Kommunale Umweltdienste mbH (GKU) Ostmecklenburg Vorpommern Teetzlebener Chaussee 5 17087 Altentreptow	18.07.2024	<p>Es ist keine Trinkwasserleitung für die Versorgung und keine Schmutzwasserleitung für die Entsorgung der ausgeschriebenen Fläche vorhanden oder geplant.</p> <p>Für die Erschließung des dargestellten Bereiches ist der Erschließungsträger zuständig.</p> <p>Der Erschließungsträger hat im Vorfeld der Planung und Bauleistungen einen Erschließungsvertrag / Vereinbarung mit dem Wasser- und Abwasserzweckverband Demmin/Altentreptow (ZVB) abzuschließen, in dem folgendes geregelt werden muss.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Planung und der Bau haben nach den Anforderungen und Vorgaben des ZVB/ der GKU zu erfolgen. 2. Die Planung ist dem ZVB/der GKU zur Prüfung und Freigabe vor Beginn der Bauarbeiten vorzulegen. 3. Der Bau der Ver- und Entsorgungsleitungen hat durch ein Bauunternehmen zu erfolgen, das die nötigen Zulassungen für den Bau von Ver- und Entsorgungsleitungen nachweisen kann. 	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>4. Nach Fertigstellung der Bauleistungen ist eine Abnahme mit dem ZVB bzw. der GKU durchzuführen.</p> <p>Was bei der kostenfreien Übergabe der Anlagen an den ZVB zu übergeben ist.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bestandsunterlagen nach den Vorgaben des ZVB 2. Materialliste 3. Nachweis der Freigabe der TWL durch das Gesundheitsamt 4. Druckprotokolle 5. Abnahmeprotokoll Erschließungsträger, Planungsbüro, Baubetrieb, Zweckverband <p>Mit der Übertragung der Anlagen geht dann die Versorgungspflicht an den ZVB über.</p>	
23.	Bauernverband Altentreptow e.V. Trockner Weg 1b 17034 Neubrandenburg		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
24.	Staatliches Bau- und Liegenschaftsamt Neubrandenburg Neustrelitzer Straße 121 17033 Neubrandenburg	17.07.2024	<p>Nach derzeitigem Kenntnisstand befindet sich im Bereich des o.g. Vorhabens kein vom SBL Neubrandenburg verwalteter Grundbesitz des Landes Mecklenburg-Vorpommern.</p> <p>Es ist nicht auszuschließen, dass sich im Vorhabengebiet forst- oder landwirtschaftliche Nutzflächen oder für Naturschutzzwecke genutzte Landesflächen befinden. Für eventuelle Hinweise und Anregungen zu diesen gemäß § 5 des Gesetzes zur Modernisierung der Staatshochbau- und Liegenschaftsverwaltung M-V vom 24.09.2019 nicht zum Landesvermögen des SBL Neubrandenburg gehörenden Grundstücken, sind die jeweiligen Ressortverwaltungen zuständig. Ich gehe davon aus, dass bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eine Einbindung dieser Fachverwaltung erfolgt ist.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
25.	BUND M-V Wismarsche Str. 152 19053 Schwerin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
26.	NABU M-V Wismarsche Str. 146 19053 Schwerin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
27.	Gemeinde Pripsleben über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1		Es liegt keine Stellungnahme vor.	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
	17087 Altentreptow			
28.	Gemeinde Golchen über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
29.	Gemeinde Wolde über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
30.	Gemeinde Wildberg über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
31.	Gemeinde Groß Teetzleben über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
32.	Gemeinde Grischow über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
33.	Gemeinde Burow über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
34.	Gemeinde Gültz über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
35.	Mecklenburg-Vorpommersche Verkehrsgesellschaft mbH (MVVG)		Es liegt keine Stellungnahme vor.	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
	Quitzerower Weg 13e 17109 Demmin			
36.	Neubrandenburger Stadtwerke GmbH John-Schehr-Straße 1 17033 Neubrandenburg	31.07.2024	<p>Wir erteilen diese Stellungnahme im Namen der neu-medianet GmbH (neu-medianet).</p> <p>neu-medianet GmbH Angrenzend an den Planungsbereich, in der Loickenziner Straße, befinden sich Leitungen der neumedianet GmbH zur Anbindung unserer PoP-Standorte, zur Übertragung von Daten der neu.sw-Leitwartenüberwachung und zur Versorgung unserer Kunden mit Multi-Media-Diensten. Diese Leitungen sind in den Bestandsunterlagen dargestellt. Die Leitungen sind unbedingt zu schützen und dürfen nicht fest überbaut werden. In der Nähe der Leitungen ist Handschachtung erforderlich. Vor Beginn der Arbeiten ist zwingend eine Leitungsauskunft/ein Schachtschein einzuholen. Bei eventuellen Freilegungen ist die Baubetreuung (Tel. 0395 3500-694, 497 oder -679) zu informieren, die Leitungen sind entsprechend der technischen Standards wieder abzusanden und beim Verschließen sind wieder Warnbänder (Achtung Kabel bzw. Achtung LWL) zu verlegen. Damit die neu entstehenden Baugrundstücke an das moderne Breitbandnetz angeschlossen werden können, ist neu-medianet an einer Verlegung während der Erschließungsmaßnahmen stets interessiert. neu-medianet wünscht bei der Detailplanung des Bauvorhabens mit einbezogen zu werden, um in der Bauphase aktiv mitwirken zu können. Für die Belange von neu-medianet bitten wir um direkte Kontaktaufnahme mit Herrn Jahncke (Tel. 0395 3500-693, E-Mail: frank.jahncke@neu-sw.de). Wir bitten um Ergänzung unserer Belange in der Begründung Pkt. 6.2.</p> <p>Anlagen Bestandsunterlagen</p>	Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Der Hinweis wurde in der Begründung unter <i>Punkt 6.2</i> ergänzt.
37.	Landgesellschaft M-V GmbH Lindenallee 2a 19067 Leezen		Es liegt keine Stellungnahme vor.	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
38.	Autobahn des Bundes Niederlassung Nordost, Außenstelle Güstrow Krakower Chaussee 2a 18273 Güstrow/Klueß	22.08.2024	Gegen das Vorhaben bestehen keine Bedenken. Bundesautobahnen sind nicht betroffen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
39.	Deutsche Bahn AG DB-Immobilien Region Ost Caroline-Michaelis-Straße 5-11 10115 Berlin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
40.	Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis MV – Kirchenkreisverwaltung Außenstelle Neubrandenburg 2.Ringstraße 203 17033 Neubrandenburg		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
41.	Gemeinde Grapzow über Amt Treptower Tollensewinkel Rathausstraße 1 17087 Altentreptow		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
42.	Gemeinde Brunn über Amt Neverin Dorfstraße 36 17039 Neverin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
43.	Gemeinde Neddemin über Amt Neverin Dorfstraße 36 17039 Neverin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
44.	Biogas Altentreptow GmbH & Co.KG Reuterhof 3 17087 Altentreptow	19.07.2024	LAO: nicht betroffen	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.